SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 225 WINTER 2022/23 € 0,50

Schluss mit Betteln um Almosen!

Die Arbeiter müssen herrschen!

Explodierende Kosten für Energie und Lebensmittel, drohende Massenentlassungen, allseitige kapitalistische Krise – die Massen der Arbeiter und das untere Kleinbürgertum werden in Verarmung und Hunger gestürzt, von Deutschland über Tschechien bis Griechenland. Seit Beginn des Krieges hat die SPD in der kapitalistischen Ampel-Regierung unter Kanzler Scholz Hand in Hand mit der Führung der Gewerkschaften die Arbeiterklasse für die Kriegsziele des deutschen Imperialismus mobilisiert, d.h. den Sieg der Ukraine, um diese direkt durch NATO und EU zu unterjochen. Jetzt kämpft die SPD-Führung mit aller Macht dafür, die Kosten der durch die Covid-19-Pandemie und den Ukraine-Krieg provozierten internationalen Krise des imperialistischen Systems und insbesondere die Kosten der EU/NATO-Sanktionen gegen Russland auf die Arbeiter und Unterdrückten abzuwälzen.



picture alliance/dpa/Christian Charisius

Burchardkai, Hamburg, 14. Juli: Streik der Hafenarbeiter in Nordseehäfen forderte Lohnerhöhung gegen Inflation, wurde von ver.di-Führung ausverkauft

Die aktuelle Krise ist eine Krise gerade auch für den deutschen Imperialismus. Nach der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und DDR blieb der deutsche Imperialismus als Teil der EU und NATO Kernbestandteil der von den USA dominierten transatlantischen Allianz. Gleichzeitig hatten die deutschen Kapitalisten erhebliche wirtschaftliche Verbindungen mit Russland aufgebaut, die dem US-Imperialismus immer ein Dorn im Auge waren. Durch Russlands Einmarsch in die Ukraine ist diese delikate „Balance“ für Deutschland nun nicht mehr tragbar: Der deutsche Imperialismus hat sich ohne Wenn und Aber dem US/NATO-Kriegskurs gegen Russland verpflichtet und ist jetzt gezwungen, seine sehr profitablen wirtschaftlichen Verbindungen nach Russland zu kappen.

Die Pax Americana – die militärische wie wirtschaftliche Vorherrschaft der USA – war in den letzten Jahrzehnten enorm vorteilhaft für die deutsche Bourgeoisie; sie konnte im Windschatten der USA relativ leicht Waren und Kapital in die Welt exportieren, in einer Proportion, die ihre eher vernachlässigbare militärische Stärke bei weitem übersteigt. Auch wenn der deutsche Imperialismus jetzt enorme Einbußen durch die Sanktionen gegen Russland einstecken muss: Im Moment ist für die entscheidenden Teile der deutschen Imperialisten – auch weil sie jetzt weder die wirtschaftliche noch die militärische Macht haben, die USA direkt herauszufordern – die Allianz mit den USA immer noch in ihrem Interesse und deshalb nicht verhandelbar.

Die deutschen Kapitalisten stehen vor einem Scherbenhaufen: Ihr Wirtschaftsmodell ist in einer tiefen Krise. Die enormen Profite, die sie in den letzten drei Jahrzehnten gescheffelt haben, basierten zentral auf drei Säulen: 1.) der Ausbeutung der Arbeiter in Deutschland, 2.) der Unterjochung der abhängigen Länder und ihrer arbeitenden Klassen in Europa durch die EU und den Euro und 3.) billigen Rohstoffen, wie Gas aus Russland. Da jetzt diese billigen

Rohstoffe nicht mehr verfügbar sind, bleibt dem deutschen Imperialismus genau eine Antwort – die jetzt die SPD in der Ampel-Regierung für ihre Herren in den Banken und Konzernen durchzudrücken versucht: die Daumenschrauben anzuziehen gegen die Arbeiter in Deutschland und alle unterdrückten Nationen in Europa. Wir stehen ganz klar am Anfang einer tiefergehenden Krise.

Dieses kapitalistische System ist unfähig, die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, was die aktuelle Krise knallhart zeigt. Ob nun ein qualitativ hochwertiges Gesundheits- und Bildungssystem, lebenswerter Wohnraum oder gute Lebensbedingungen für alle: Das technologische Niveau und die industrielle Basis, um diese dringenden Bedürfnisse schnell zu erfüllen, sind offensichtlich vorhanden. Das entscheidende Hindernis, das dem im Weg steht, ist das kapitalistische Profitsystem. Welch Gipfel des Irrsins und der Irrationalität! An einigen Orten in der Welt gibt es Gas und Energiequellen im Überfluss; an anderen werden ganze Länder, und damit die Arbeiter dort, in die Krise gestürzt, genau weil es kein Gas gibt. Und das sogar, obwohl die notwendige Infrastruktur und Pipelines vorhanden sind! Das imperialistische System ist der einzige Grund für diese Situtation, die jetzt durch den Konkurrenzkampf der Imperialisten in NATO und EU mit Russland über die Frage, wer die Ukraine unterdrückt und ausbeutet, verschärft wird.

Die Gaskrise ist einfach eine besonders prägnante Veranschaulichung der Tatsache, dass der Kampf der Arbeiter für ihre unmittelbaren Interessen in jeder Frage auf Schritt und Tritt in Konflikt kommt mit den Grundpfeilern des kapitalistischen Systems – dem Privateigentum an Produktionsmitteln, ob nun der deutschen Lebensmittelkonzerne, die die Vorherrschaft in Europa haben, der Energiekonzerne oder der Banken, die im Imperialismus die Fäden ziehen. Die einzig progressive und realistische Lösung ist es, dieses System durch eine sozialistische Revolution hinwegzufegen – die Arbeiterklasse muss an die Macht, eine Planwirtschaft aufbauen und diese Gesellschaft in ihrem Interesse neu organisieren!

Jedem ist die enge Verquickung des Ukraine-Krieges mit der Krise hier klar. Ja, es ist die gleiche deutsche Bourgeoisie, die zusammen mit den anderen Imperialisten in EU/NATO den Ukraine-Krieg provoziert hat und die Arbeiter hier in den Ruin treibt. Die aktuellen Führer der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften verbinden Unterstützung für die herrschende Klasse in der Frage des Krieges mit Kapitulation vor der Angriffswelle auf die Lebensbedingungen der Arbeiter hier. Genau weil diese Führung die Herrschaft des deutschen Imperialismus unterstützt, mobilisiert sie die Arbeiter hinter den Kriegszielen der Bourgeoisie im Krieg und würgt den Arbeitern „Solidarität mit der Ukraine“ und Unterstützung für Sanktionen und Waffenlieferungen rein. Und wer kann glauben, dass die gleiche Führung, die in der Frage des Krieges die Arbeiter ***für*** die Kapitalisten mobilisiert, im Kontext der Krise hier ***gegen*** die Bourgeoisie für die Interessen des Proletariats kämpft?

Natürlich tut sie das nicht! Genau diese Führer stellen sich ***gegen*** den notwendigen Klassenkampf des Proletariats für seine dringenden Bedürfnisse – wie man in den letzten Monaten plastisch beobachten konnte z. B. in der chemischen Industrie oder bei Lufthansa, wo sie verhindert haben, dass diese machtvollen Teile der Arbeiterklasse im Klassenkampf mobilisiert wurden. Das unterstreicht: Der Kampf für die sofortigen Bedürfnisse der Arbeiter muss zuallererst ein politischer Kampf gegen diese pro-kapitalistische Führung sein.

Jetzt tischen die Kapitalisten und ihre Handlanger in der Arbeiterbewegung den Arbeitern die nationalistische Lüge auf, dass der gemeinsame Feind in Moskau sitze und Putin verantwortlich für das kapitalistische Elend in Deutschland sei. Was für ein haarsträubendes Alibi für den deutschen Imperialismus und für das Verbrechen der Arbeiterverräter in Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführungen, die Arbeiter für die imperialistischen Interessen im Krieg zu mobilisieren! Natürlich muss die Arbeiterklasse Russlands ihre kapitalistischen Herrscher, und damit Putin, durch eine sozialistische Revolution stürzen und selbst die Macht ergreifen. Aber gegen die deutschen Imperialisten, die nicht nur die Arbeiter in diesem Land ausbeuten, sondern auch als imperialistische Weltmacht und stärkste kapitalistische Macht Europas die Arbeiter in den unterdrückten Nationen Europas bis aufs Blut aussaugen, sind die russischen Kapitalisten kleine Fische.

Es ist einfach zu offensichtlich, dass es die ***deutsche*** Bourgeoisie und ihre Werkzeuge in der Ampel-Regierung sind, die die Arbeiter hier angreifen. Und so kommt die Wirkung des Lügenmärchens „Schuld hat Putin“ an ihre Grenzen; die Wut über Inflation und Krise zu Hause beginnt umzuschlagen in Wut auf die Regierung und ihre Position im Krieg, die

Fortgesetzt auf Seite 16

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Philipp Clyde
Produktionsleiterin: Renate Müller
Vertriebsleiterin: Barbara Köhler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel und Briefe entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 13353 Berlin
Abonnement 3 € an Verlag Avantgarde
Postbank Frankfurt/Main, BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb

Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
ISSN 0173-7430
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31. Oktober 2022

Nr. 225 Winter 2022/2023

Zum Teufel mit halben Sachen!

Die Arbeiter müssen das Land regieren!

Der nachfolgende Artikel erschien zuerst in Workers Hammer *Nr. 248 (Herbst 2022), Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/Britain*.

Britannien



Workers Hammer

Streikende Hafenarbeiter in Felixstowe, August. Achttägiger Streik forderte Lohnerhöhungen angesichts rapide steigender Inflation

7. SEPTEMBER – Britannien ist ein Scherbenhaufen. Inflation, Energiekosten und Rezession: eine Katastrophe für arbeitende Menschen. In fast allen Branchen herrscht großer Arbeitskräftemangel, die sozialen Dienste stehen vor dem Kollaps, und Wohnraum ist marode und unbezahlbar. Züge, Flughäfen, Abwasserentsorgung, das nationale Gesundheitssystem NHS: Nichts funktioniert.

Genau wie das Land ist auch die regierende Tory-Partei in einer Dauerkrise. Nach Johnsons schmachvollem Rücktritt hat jetzt Liz Truss das Ruder übernommen, ein opportunistischer Irrer wurde durch eine fanatische Irre ersetzt. Im Geiste Thatchers hat Truss versprochen, die Gewerkschaften zu zerschlagen und die Arbeiter weiter auszubluten. Starmer [Labour-Chef] stellt sich der Lage, indem er als Stiefellecker der herrschenden Klasse fungiert, und präsentiert sich als verlässlicher Technokrat, der den Arbeitern keinen Millimeter nachgeben wird. Beide haben dieselbe Antwort auf die Teuerungskrise: Energieunternehmen zig Milliarden in den Rachen zu werfen und das Problem auszusitzen in der Hoffnung, dass sich die Krise in Wohlgefallen auflöst. Das wird sie offensichtlich nicht tun. Flickschusterei wird nichts lösen und alles in ein paar Monaten noch schlimmer machen.

WORKERS HAMMER

Wie sind wir in dieses Fiasko hineingeraten? Ein Teil der Antwort liegt in der katastrophalen Reaktion der Regierung auf die Pandemie und den Krieg in der Ukraine. Dies prallte zusammen mit den Auswirkungen davon, dass seit Thatchers Sieg über die Bergarbeiter die arbeitende Bevölkerung zum Freiwild erklärt wurde, gegen das die Jagdsaison eröffnet wurde. Aber was die meisten Politiker, Journalisten und Linken nicht aussprechen wollen, ist, dass dies die Symptome eines tiefer liegenden Problems sind. Der britische Kapitalismus befindet sich seit mehr als einem Jahrhundert im unwiderruflichen Niedergang. Die herrschende Klasse, unfähig ihr Empire aufrechtzuerhalten oder in irgendwelchen produktiven Bereichen zu konkurrieren, hat die britische Industrie zunehmend liquidiert und alles auf die City of London gesetzt. Das Ergebnis ist wirtschaftlicher Kahlschlag in ganz England, Wales, Schottland und Nordirland, Privatisierung der öffentlichen Dienste und ein florierendes Finanzkapital. Von der Queen über die City bis hin zu den miserablen Vermietungs- und Arbeitsvermittlungsagenturen: Die gesamte herrschende Klasse dieses Landes besteht aus Parasiten, die die arbeitenden Menschen aussaugen.

Die Lösung für die gegenwärtige Krise ist einfach: Die Arbeiterklasse muss all diese nutzlosen Parasiten aus dem Weg räumen und das Land von oben nach unten durchregieren. Wenn die Arbeiterklasse das Sagen hat und das Profitmotiv ausgeschaltet ist, können die Geißeln der Preistreiberei, der Arbeitslosigkeit, des teuren Wohnraums und der De-Industrialisierung schnell beseitigt werden. Natürlich kann man dies nicht erreichen, indem man Labour-Abgeordnete in das Parlament Ihrer Majestät in Westminster schickt. Die wirkliche Macht liegt nicht im parlamentarischen Zirkus mit all seinem Geschwafel, seinen Kostümierungen und seiner Demagogie, sondern in Whitehall, an der Börse und bei den Streitkräften. Die Arbeiterklasse kann diese nicht übernehmen, sie braucht ihre eigenen Organe der Klassenmacht, die das Land im eigenen Interesse regieren können.

Arbeiterherrschaft in Britannien ist keine weit hergeholte Utopie, sondern die einzige realistische Antwort auf die Krise. Es ist dringend nötig. Wirklich aus dem Reich der

Fortgesetzt auf Seite 14

Ronald Krüger
1964 – 2020



Spartakist

„Wir rissen die Nazifahne runter!“ Spartakisten und Gegner der Nazifahne feiern Sieg nach dem Prozess. In der Mitte Ronald, einer der vier Angeklagten. Das Gericht behauptete, wir hätten „Gegenstände der Kunst rechtswidrig zerstört“

Unser Genosse Ronald Krüger starb am 9. Dezember 2020. Ronald war 38 Jahre lang Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und der Internationalen Kommunistischen Liga. Sein ganzes Leben war konzentriert darauf, revolutionäre Propaganda für unsere Tendenz zu erstellen. Im Juni erlitt Ronald einen Hirnschlag, und mit den erheblichen Folgen der Einschränkungen auf sein Leben wollte er nicht länger leben. Ronalds Tod reißt ein besonders großes, schmerzhaftes Loch in unsere Reihen.

Genosse Ronald kam als 18-jähriger Schüler in Kontakt zur Hamburger Ortsgruppe der Trotzkistischen Liga Deutschlands, unserer Vorläuferorganisation. Er teilte damals pazifistische Positionen, wie sie unter einer ganzen Generation Jugendlicher in Deutschland während der westdeutschen Friedensbewegung verbreitet waren. Ronald wurde schnell in den Diskussionen vom bürgerlichen Programm des Pazifismus gebrochen und zum Trotzkismus gewonnen. Durch das Studium der Oktoberrevolution lehnte er dann auch seine ursprüngliche Befürwortung des individuellen Terrors ab. Wie er in seiner Eintrittserklärung vom 26. November 1982 schreibt:

> „Das entscheidende Moment, das mich zu kommunistischer Politik zurückbrachte, war wohl die Darstellung der Arbeitskämpfe… Die Distanz zwischen Anspruch und Praxis, zwischen Maximalprogramm und Minimalprogramm anderer sich revolutionär nennenden Parteien hatten bei mir ein tiefes Mißtrauen gegenüber allen derartigen Organisationen hervorgerufen. Das trotzkistische Übergangsprogramm schließt diese Kluft; beantwortet insbesondere die Frage der Mobilisierung der weitgehend passiven Massen, des Bruches mit den klassenkollaborationistischen Massenorganisationen.“

Ronald hasste die bürgerliche Teilung von Kopf- und Handarbeit. So sorgte er in unseren Büros dafür, dass alle nur gute Werkzeuge benutzen und ihre Handhabung verstehen. Für ihn war die Instandhaltung integraler Bestandteil unseres Zwecks, unser revolutionäres Programm voranzutreiben. Ronald war hochbegabt, schloss sein Studium mit dem Physikdiplom ab und arbeitete zeitweilig als Physiker, u.a. am Projekt der Teilchenbeschleunigung des Hamburger DESY-Forschungszentrums. Gleichzeitig lehnte er kleinbürgerliche Karrieren ab und verabscheute kapitalistische Arbeitsbedingungen. Seine Depressionen machten ihn jahrelang arbeitslos. Ronald war ein ganz besonderer Genosse, der allen persönlichen Schwierigkeiten zum Trotz sein Leben lang für den Trotzkismus kämpfte. Eine Genossin beschrieb ihn treffend: „Er war nicht nur ein Computer-‚Whiz‘ und ein guter Übersetzer mit einem sehr feinen Sprachgefühl und einem kritischen Verstand. Er hatte auch einen wunderbaren trockenen Humor.“

Sein breites wissenschaftliches Verständnis und seine Beharrlichkeit machten seine Beiträge sowohl in der Redaktion wie auch in der Produktion besonders wertvoll. Seine Tätigkeiten umfassten alles, was zur Propaganda gehört: Korrekturlesen, PC-Programmierung, Aufbau eines Soundsystems und Übersetzungen. Vieles davon hatte sich Ronald selbst beigebracht. Seine Fotoarbeiten für den *Spartakist* waren dabei ebenso zentral wie seine Kenntnisse der russischen Transkription für unsere deutschsprachige Ausgabe des *Spartacist*. Ronald hat viele Genossen zu Setzern und in den Abläufen der Produktion geschult. Und nicht nur in der deutschen Sektion. Wie die Genossen der italienischen Sektion berichten: „Er hat uns vor Jahren besucht, um uns das Layoutprogramm Quark beizubringen und uns aus den dunklen Zeiten der vordigitalen *Spartaco*-Produktion herauszuholen.“

Als im Juni 1992 im Rahmen einer sogenannten Kunstaktion am Brandenburger Tor eine riesige Hakenkreuzfahne neben der DDR-Fahne aufgehängt wurde, war es klar, dass wir die Nazifahne abreißen mussten. Das Hakenkreuz steht für die grausame Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen Minderheiten sowie Kommunisten und so vielen mehr. Ronald war als Fotograf für den *Spartakist* bei dieser Aktion. Als die Fahne abgerissen zu Boden fiel, kippte Ronald Benzin darüber und zündete die Fahne sofort an. Laut damaligem Polizeibericht war er so schnell, dass die Polizei nicht mehr eingreifen und keine Spuren außer etwas Asche finden konnte. Ronald wurde zusammen mit drei anderen Genossen dafür angeklagt. Die Anklage musste vom Gericht im Februar 1993 aufgrund breiter Proteste eingestellt werden.

Mit seinem scharfsinnigen Verstand hatte er eine Vorliebe für Polemiken entwickelt, deshalb widmen wir ihm diese Ausgabe des *Spartakist*. Wir ehren Ronalds politischen Einsatz für den Trotzkismus, seine Beharrlichkeit und seine Intelligenz durch unsere Entschlossenheit, den Kampf fortzusetzen. ■

Zentrismus und der Krieg in der Ukraine

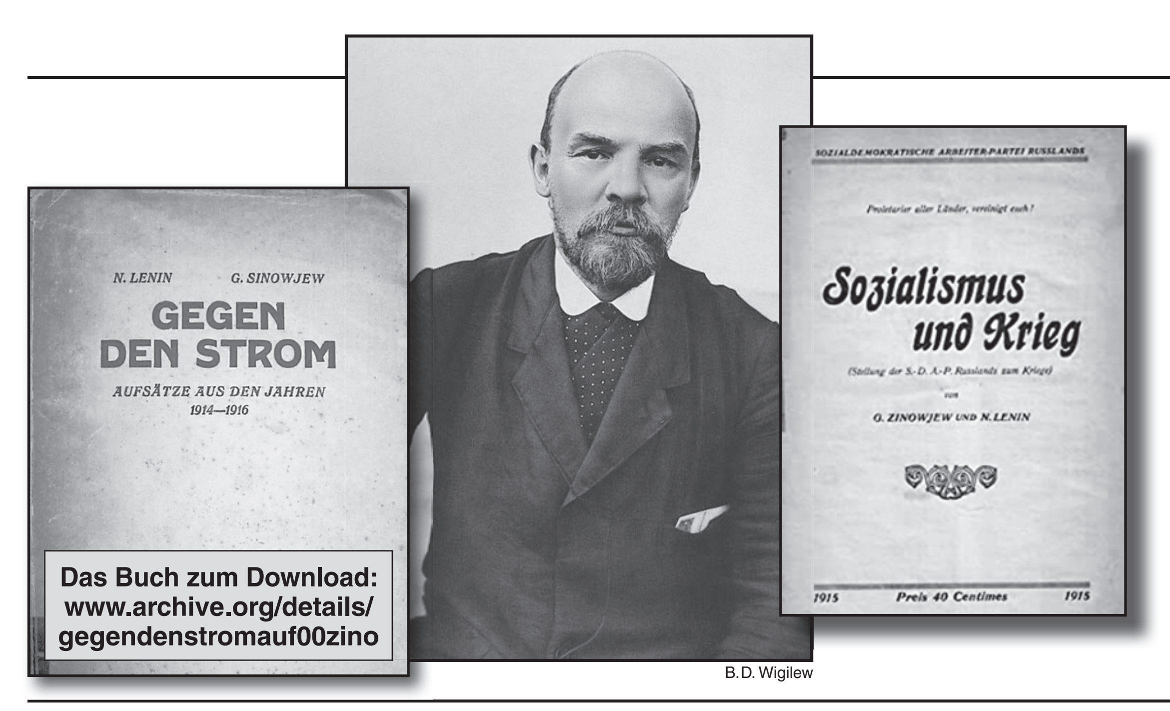
Eine Polemik gegen die Internationalistische Gruppe

Der nachfolgende Artikel erschien zuerst im *Spartacist*, englischsprachige Ausgabe Nr. 67, August 2022. Als die Polemik gegen die IG zum Krieg in der Ukraine im *Spartacist* veröffentlicht wurde, befand sich die IG in einem Widerspruch. Sie trat in dem Konflikt für revolutionären Defätismus ein, aber ihre tatsächliche Praxis lief dieser formal korrekten Position zuwider. Genau das enthüllt unser Artikel. Inzwischen hat die IG ihren Widerspruch aufgelöst. Leider ging sie aber nicht zu einer wahrhaft revolutionären Position über, sondern zur offen reaktionären Position, Russland im Krieg zu unterstützen.

In einem Artikel vom 22. Oktober behauptet die IG, Russland führe einen nationalen Verteidigungskrieg gegen die Imperialisten. Ihnen zufolge geht es in dem Konflikt jetzt nicht mehr darum, wer die Ukraine beherrscht – die Russen oder die imperialistischen Mächte von NATO/EU –, sondern darum, dass die Imperialisten versuchen, „Russland zu besiegen ... und zu zerstückeln, um es zu zerstören“ (internationalist.org). Die IG zieht bei dieser Position alle Register, sie geht soweit, die Aufgaben von Kommunisten in Bezug auf Russlands „militärische Spezialoperation“ (MSO) mit Trotzkis Opposition gegen die imperialistische Vergewaltigung Chinas durch Japan und die Invasion Äthiopiens durch Italien gleichzusetzen. Wie rechtfertigt die IG diese absurde Position? Sie argumentiert, die Unterstützung der NATO für die Ukraine habe ein solches Ausmaß angenommen, bei dem „Quantität in Qualität umschlägt“ und „die ukrainische Armee in Wirklichkeit eine Erweiterung der NATO geworden ist“.

Der erste Kontakt mit der Realität zerschmettert diese Argumente. Tatsächlich ist es recht offensichtlich, dass sich seit dem Ausbruch des Krieges nichts Grundlegendes geändert hat. Schon seit 2014 ist die Ukraine ein Stellvertreter für die Imperialisten. Direkt bei Ausbruch des Konflikts überschwemmten imperialistische Waffen die Ukraine und militärische Operationen wurden durchweg mit der NATO koordiniert. Die IG führt endlose Details an über dieses oder jenes Waffensystem, über Reden, über militärische Kooperationen, um zu „beweisen“, dass die ukrainische Offensive im September einen qualitativen Wechsel darstelle. Aber werden wir doch konkret. Was würde im gegenwärtigen Kontext ein Sieg Russlands bedeuten? Ebenso wie schon im Februar würde es die nationale Unterdrückung der Ukrainer durch Russland mit sich bringen. Und ein Sieg der Ukraine? Das würde die „Freiheit“ der Imperialisten bedeuten, die Ukraine auszuplündern und russische Minderheiten innerhalb der ukrainischen Grenzen zu unterdrücken. Um es nochmal zu sagen: genau das gleiche Ergebnis wie zu Beginn des Krieges.

Eine „Zerstörung“ und „Zerstückelung“ Russlands stellt sich ganz einfach im gegenwärtigen Kontext nicht, egal wie erfolgreich ukrainische Streitkräfte auf dem Schlachtfeld sind. Es würde zu einer realen Frage erst werden durch eine riesige Eskalation seitens der Imperialisten, wodurch es zu direkter militärischer Konfrontation mit den russischen Streitkräften käme. Wenn das passiert, wird es nicht notwendig sein, obskure diplomatische Erklärungen oder Verteidigungsabkommen zu durchforsten, um zu verstehen, dass sich der Charakter des



Das Buch zum Download: www.archive.org/details/gegendenstromauf00zino

B.D. Wigilew

Lenins Bolschewiki kämpften für die Spaltung der Arbeiter von den Sozialchauvinisten und Zentristen und für die Umwandlung des ersten interimperialistischen Weltkriegs in einen Bürgerkrieg gegen die kapitalistischen Herrscher

Konflikts geändert hat. Das wird dann ***sehr*** klar sein und ***dann*** wird sich die Verteidigung Russlands stellen.

Das zentrale Problem bei der Position der IG ist jedoch nicht ihre fehlerhafte Analyse, sondern es sind die reaktionären programmatischen Schlussfolgerungen daraus. Der IG zufolge müssen ukrainische Arbeiter für den Sieg Russlands kämpfen und Russlands Vordringen auf ukrainisches Gebiet unterstützen, d. h. für ihre eigene nationale Unterdrückung kämpfen. Und die russische Arbeiterklasse? Sie soll für die Unterstützung des Krieges mobilisieren und die russische herrschende Klasse dafür angreifen, dass sie keinen totalen Krieg in der Ukraine führt. Anstatt die fortgeschrittensten russischen Arbeiter zu organisieren – diejenigen, die sich gegen die räuberischen Ziele ihrer herrschenden Klasse in der Ukraine stellen –, verstärkt die Position der IG die extrem russisch-chauvinistischen Stimmen, die Putin dafür kritisieren, nicht genug Ressourcen in den Krieg gesteckt zu haben.

Eine trotzkistische Haltung in einem gegebenen Krieg einzunehmen bedeutet nicht einfach, sich gegen jegliche Seite zu stellen, die von den Imperialisten unterstützt wird. Ausgangspunkt bei der Frage muss der Kampf für internationale sozialistische Revolutionen sein. Die Position der IG ist ein Hindernis dafür, die russische und die ukrainische Arbeiterklasse für ein revolutionäres Ergebnis des Konflikts zu mobilisieren. Diese Position ist ebenso entgegengesetzt dazu, sozialistische Revolutionen im Rest der Welt voranzubringen. In vom Imperialismus unterdrückten Ländern verstärkt sie die Illusion, dass alles, was gegen die Interessen der USA getan wird, notwendigerweise progressiv sei, sogar reaktionäre Militärinterventionen wie die MSO Russlands. In den imperialistischen Ländern unterminiert diese Position grundlegend das Argument dafür, sich gegen die Ziele und Aktionen von NATO und EU im Krieg zu stellen. Zum Beispiel wird das Argument der IG, warum Arbeiter sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine stellen sollen, nicht mit den wahren Verbrechen der Imperialisten begründet, sondern mit der krass falschen Behauptung, die nationale Souveränität Russlands werde angegriffen. Sei es in der Ukraine, in Russland oder anderswo in der Welt, die Position der IG treibt keinen Keil zwischen das objektive Interesse der Arbeiterklasse und das sozialchauvinistische Programm ihrer Führung. Stattdessen ist das Ergebnis in jedem Fall, die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie zu verfestigen.

Wir können nur darüber spekulieren, was die IG veranlasste, ihre Position zu ändern. Eins ist sicher: Dieser Linienwechsel wurde nicht hervorgerufen durch eine „qualitative“ Änderung der Situation in der Ukraine. Es liegt uns fern, zu vermuten, dass die bescheidene Polemik, die wir im Sommer schrieben, die IG beeinflusst haben mag, eine konsequentere Position einzunehmen. Doch bemerken wir, dass der Linienänderungs-Artikel der IG gerade viele der Fragen anspricht, über die wir die IG in unserer jüngsten Ausgabe des *Spartacist* kritisiert haben, jedoch wird nie auf unsere Argumente geantwortet. Aber das ist sicher ein Zufall.

* * *

Im gegenwärtigen Krieg zwischen Russland und der Ukraine tritt die Internationale Kommunistische Liga für revolutionären Defätismus ein und ruft dazu auf, „diesen Krieg zwischen ***zwei*** Kapitalistenklassen in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, in dem die Arbeiter ***beide*** Kapitalistenklassen stürzen“ (siehe *Spartakist* Nr. 224, Frühjahr 2022). Eine der wenigen anderen Organisationen, die dieselbe Linie zu haben scheinen, ist die Internationalistische Gruppe (IG). In ihrer Erklärung vom 28. Februar verkündet sie, dass sie „zum revolutionären Defätismus auf beiden Seiten in diesem reaktionären nationalistischen Krieg auf[ruft]“. Weiter heißt es dort:

> „Wir sind dafür, sowohl das ukrainische als auch das russische kapitalistische Regime durch eine internationalistische Arbeiterrevolution zu stürzen. Wir bekämpfen Putins unverhohlenen großrussischen Chauvinismus (ebenso wie den des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny, der im Westen als ‚Anti-Korruptions-Aktivist‘ gefeiert wird) – und wir bekämpfen den reaktionären Nationalismus der ukrainischen Bourgeoisie, die sich an die vorderste Front der NATO und der Europäischen Union (EU) stellen will.“ („Hinter dem Krieg: USA/NATO Kriegskurs gegen Russland, China“, 28. Februar 2022, internationalist.org/permanente-revolution-index)

Die meisten Leser haben vielleicht einen Grund dafür, zu denken, dass die IKL und die IG dieselbe Position vertreten und dass beide durch ihr Festhalten am revolutionären Defätismus in der Tradition des Bolschewismus stehen. Doch auch wenn die IG vielleicht behauptet, für „revolutionären Defätismus“ einzutreten, ist es in Wirklichkeit so, dass sie den Leninismus seines revolutionären Inhalts beraubt und ***in der Praxis*** den Kampf für einen revolutionären Ausgang des Krieges ablehnt. Um dies eindeutig zu erkennen, muss man zunächst verstehen, was das leninistische Programm gegen den Imperialismus ist und worin revolutionärer Defätismus in der heutigen Situation wirklich besteht.

Revolutionärer Defätismus war das Programm, für das Lenin und die Bolschewiki während des Ersten Weltkriegs kämpften im Gegensatz zu den Führern der Zweiten Internationale, die das Proletariat verraten und im Krieg ihre „eigene“ Bourgeoisie unterstützt haben. Die Bolschewiki erklärten, dass 1.) echte Revolutionäre im Krieg für die Niederlage der „eigenen“ Regierung eintreten und darauf hinarbeiten müssen, diesen reaktionären Krieg zwischen Nationen in einen revolutionären Bürgerkrieg gegen die Kapitalisten zu verwandeln; 2.) die Zweite Internationale tot ist, zerstört durch den Chauvinismus, und eine neue, revolutionäre Internationale auf der Grundlage des revolutionären Marxismus aufgebaut werden muss; und 3.) Revolutionäre, um dies zu erreichen, für die Spaltung von den offenen Unterstützern der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung – den Sozialchauvinisten – und ***auch*** gegen die Opportunisten und Zentristen kämpfen müssen, die eine „marxistische“ Ausdrucksweise benutzten, um die Einheit mit den Sozialchauvinisten zu erhalten und das Proletariat mit reformistischen, pazifistischen und anderen nicht-revolutionären Lösungen zu täuschen.

Dieses Programm war von zentraler Bedeutung für alle Aktivitäten Lenins bis zur Oktoberrevolution, durch die diese Perspektive in die Tat umgesetzt wurde. In einem seiner

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
ICL: Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA
spartacist@spartacist.org, www.icl-fi.org



allerersten Artikel nach Kriegsbeginn fasste Lenin die Perspektive der Bolschewiki zusammen:

> „Die Propaganda des Klassenkampfes bleibt auch im Heer Pflicht der Sozialisten; die Arbeit, die auf die Umwandlung des Völkerkrieges in den Bürgerkrieg abzielt, ist in der Epoche des imperialistischen bewaffneten Zusammenpralls der Bourgeoisie aller Nationen die einzige sozialistische Arbeit. Nieder mit dem pfäffisch-sentimentalen und törichten Seufzen nach ‚Frieden um jeden Preis‘! Entrollen wir das Banner des Bürgerkriegs! Der Imperialismus hat das Geschick der europäischen Kultur aufs Spiel gesetzt: Diesem Krieg werden bald, wenn es nicht eine Reihe erfolgreicher Revolutionen geben wird, andere Kriege folgen…
>
> Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus; es lebe die nicht nur von den ‚Überläufern‘ …, sondern auch vom Opportunismus gesäuberte III. Internationale! ...
>
> Der III. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus!“ („Lage und Aufgaben der sozialistischen Internationale“, November 1914)

Das Programm der IKL im gegenwärtigen Krieg entspringt direkt dieser Perspektive. Der Krieg in der Ukraine ist kein imperialistischer Krieg, sondern ein regionaler Konflikt zwischen zwei nicht-imperialistischen Kapitalistenklassen, bei dem es darum geht, welche Gangsterbande in Zukunft die Ukraine ausplündert. Auf der einen Seite kämpft die ukrainische Regierung dafür, das Land zum Sklaven der Imperialisten von EU und NATO zu machen. Auf der anderen Seite kämpft die russische Bourgeoisie dafür, sich die Ukraine wieder untertan zu machen. In einem solchen Krieg ist es kriminell, wenn das Proletariat für den Sieg der einen Gangsterbande über die andere eintritt, und revolutionäre Kommunisten müssen – genau wie Lenin – dafür kämpfen, diesen Krieg zwischen Kapitalisten in einen revolutionären Bürgerkrieg gegen alle Unterdrücker zu verwandeln. Deshalb ruft die IKL die ukrainischen und russischen Arbeiter und Soldaten dazu auf, sich zu verbrüdern und ihre Gewehre gegen ihre Herrscher zu richten.

Zwar sind die imperialistischen Mächte von NATO und EU – die USA, Britannien, Deutschland und Frankreich – vor Ort nicht gegen Russland militärisch aktiv, doch durch diesen Krieg stellt sich die dringende Notwendigkeit, diese Räuber zu stürzen, die mit ihrer Plünderung Osteuropas und ihrem Kriegskurs gegen Russland diesen Konflikt provoziert haben und die Welt mit nuklearer Vernichtung bedrohen. Aber die Führung der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Zentren hat die räuberischen Ziele der Imperialisten uneingeschränkt übernommen und entwaffnet die Arbeiterklasse durch ihre Mobilisierung für NATO und EU. Aus diesem Grund ist es ***unmöglich***, den Imperialismus zu bekämpfen, ohne einen unerbittlichen Kampf gegen diejenigen in der Arbeiterbewegung zu führen, die versuchen, die Interessen des Proletariats mit den Interessen ihrer „eigenen“ imperialistischen Ausbeuter zu versöhnen.

Daher ist die Aufgabe, für die Lenin 1914 eintrat, auch heute noch genauso dringlich: Revolutionäre müssen dafür kämpfen, das Proletariat von seinen verräterischen Irreführern zu spalten, um eine revolutionäre internationalistische Partei zu schmieden. ***Genau dies*** zeichnet im gegenwärtigen Krieg einen Revolutionär aus. Und genau dies unterscheidet echte Revolutionäre von Zentristen, die bereit sind, alles am Marxismus zu akzeptieren, ***nur nicht*** seinen revolutionären Inhalt, seine revolutionären Methoden und die Erziehung der Arbeiterklasse.

Die IG gehört zu dieser zentristischen Strömung, die behauptet, für revolutionären Defätismus zu sein, die aber in der Praxis alle seine revolutionären Schlussfolgerungen ablehnt. Lenin sagte oft, dass in der Politik diejenigen, die Worten und Absichten mehr Glauben schenken als Taten und Handlungen, hoffnungslose Dummköpfe sind. Die IG behauptet, für die Revolution zu kämpfen, daher muss man, um den nicht-revolutionären Charakter ihres Programms vollständig zu begreifen, darauf achten, was sie ***tut***.

Radikal-liberaler Journalismus kontra revolutionärer Marxismus

Ein kurzer Blick auf die Propaganda der IG zum Krieg zeigt deutlich, dass die ganze Perspektive und der gesamte Inhalt ihrer Intervention darin bestehen, durch eine marxistisch angehauchte Variante von liberalem Journalismus diejenigen zu verwirren, die Revolutionäre sein wollen. Seit der oben zitierten Erklärung vom 28. Februar hat die IG einige Artikel zur Ukraine veröffentlicht, darunter einen „Bericht



PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

SONDERNUMMER

JUNI 1944

ARBEITER und SOLDAT

Organ des Bundes der Kommunisten-Internationalisten (Deutsche Sektion der vierten Internationale)

BEI EUCH LIEGT DIE ENTSCHEIDUNG !

Soldaten ! Kameraden !

Kameraden ! Soldaten !

Sie halten durch !

Sie halten durch !

ABER DIE DEUTSCHEN SOLDATEN ! DIE WERKTÄTIGEN IN UNIFORM !

Sie wollen nicht durchhalten, denn sie halten es nicht mehr aus !

Was hat da der deutsche Soldat zu verteidigen ?

Französische Trotzkisten taten im Zweiten Weltkrieg, was die IG verweigert: Sie riefen zur Verbrüderung mit Wehrmachtsoldaten auf, die unter dem Kommando einer wirklich faschistischen Regierung standen

aus Deutschland", der die rassistische Ungleichbehandlung von dunkelhäutigen und weißen Flüchtlingen aus der Ukraine dokumentiert („Imperialist Racism and the Russia-Ukraine War" [Imperialistischer Rassismus und der russisch-ukrainische Krieg], 19. März) und zwei lange, pompöse Artikel, die dokumentieren, wie sehr die ukrainische Armee und Regierung von Faschisten durchsetzt sind („The Truth About Ukraine's Fascist Infestation" [Die Wahrheit über die faschistische Verseuchung der Ukraine], 4. April, und „Question Answered: Who Was Behind the 2014 Maidan Massacre?" [Antwort auf die Frage: Wer steckte hinter dem Maidan-Massaker von 2014?], 10. April). So stellt sich die IG „revolutionäre" Arbeit im aktuellen Krieg vor: radikalliberaler investigativer Journalismus über Themen, die in der liberalen bürgerlichen Presse schon tausendmal besser dokumentiert wurden.

Revolutionäre haben die Pflicht, den Arbeitern und Jugendlichen den wahren Charakter dieses Krieges zu verdeutlichen, um den Kampf für die sozialistische Revolution dadurch weiter voranzutreiben, dass sie jeden reformistischen, pazifistischen und pro-imperialistischen Betrug entlarven. Die Arbeiter sollten die Ukraine in diesem Krieg nicht unterstützen, aber nicht deshalb, weil es in ihren Truppen faschistische Elemente gibt oder (wie schockierend!) die imperialistischen Verbündeten von Selenskyj rassistisch gegenüber dunkelhäutigen Flüchtlingen sind, sondern weil die ukrainische Regierung dafür kämpft, die Ukraine zum Sklaven der Imperialisten zu machen. Mit einer Auseinandersetzung über diese entscheidende Frage würde man die kleinbürgerlichen, EU-freundlichen Liberalen in den USA und Deutschland, denen die IG sich anbiedert, unweigerlich abstoßen; also geht man ihr einfach aus dem Weg, indem man ausführliche Artikel über das Asow-Bataillon, den Faschismus und die rassistische Migrationspolitik schreibt.

Alle Spielarten von Linksliberalen haben kein Problem damit, lang und breit über die Diskriminierung von Flüchtlingen oder über den Faschismus in der Ukraine zu reden, während sie gleichzeitig die Kriegsziele der Imperialisten in der Region unterstützen. Liberale regen sich über diese Fragen auf, weil diese einen Schandfleck für den ansonsten „edlen" Kriegskurs der „demokratischen" imperialistischen Räuber darstellen. Die Motivation dieser Liberalen ist also nicht ein Hass auf ihre „eigenen" imperialistischen Schlächter, sondern ihr Wunsch, deren Kriegsforderungen überzeugender und weniger heuchlerisch erscheinen zu lassen. Die IG trägt nur dazu bei, diesem reaktionären Liberalismus einen „marxistischen" Anstrich zu geben.

Es ist ziemlich aufschlussreich, dass die IG in all ihren Artikeln zur Ukraine ***kein einziges Mal*** gegen den Pazifismus polemisiert, der die Hauptillusion ist, die derzeit von der reformistischen Linken und den Gewerkschaftsführern verbreitet wird, vor allem in den imperialistischen Ländern, in denen sowohl die IKL als auch die IG die Mehrheit ihrer Mitglieder haben. Forderungen nach „Frieden", nach „Abrüstung", nach einer „diplomatischen Lösung" und ganz allgemein die Illusion, die Imperialisten könnten eine friedliche und gerechte Lösung des Krieges herbeiführen, sind das wesentliche Instrument dafür, fortgeschrittene Arbeiter und Jugendliche weiterhin zu entwaffnen und an ihre Ausbeuter zu ketten. Die Weigerung, auch nur ein Wort dagegen zu sagen, ist eine Zurückweisung des Marxismus.

Im Gegensatz dazu sind die Propaganda und die Interventionen der IKL zum Krieg in der Ukraine dem ganzen Inhalt nach ausdrücklich darauf ausgerichtet, jene „Sozialisten" zu entlarven, die pazifistische und „anti-imperialistische" Parolen benutzen, um ihre völlige Unterwürfigkeit gegenüber der Bourgeoisie zu verschleiern. Genau das macht revolutionäre Arbeit aus, und genau das lehnt die IG ab.

Die IG kämpft nicht für revolutionären Defätismus

Der Aufruf der IG zum „revolutionären Defätismus" steht im Widerspruch zu den anderen Losungen, die sie erhebt. Zum Beispiel fordert die IG „Verteidigt die Selbstverwaltung im Südosten der Ukraine!" und „Zerschlagt die Faschisten". Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Krieges schürt man mit diesen Forderungen nur Illusionen darüber, dass eine gerechte Lösung für die ukrainischen und russischen Massen ***ohne*** sozialistische Revolution möglich wäre.

Die Forderung nach Selbstregierung in der Ostukraine war vor dem Krieg richtig. Aber seither ist dieser Kampf völlig den Kriegszielen Russlands untergeordnet, ganze Regionen der Ukraine und möglicherweise das ganze Land zu annektieren. Die einzige Möglichkeit, die Selbstregierung im Moment zu verwirklichen, wäre ein Sieg Russlands. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Aufruf an die Arbeiter „Verteidigt die Selbstverwaltung im Südosten der Ukraine!" nur eine Form stillschweigender Unterstützung dieses Kriegsausgangs und daher mit der Position des revolutionären Defätismus unvereinbar.

Ein Sieg der russischen Armee würde die nationale Unterdrückung der Ukrainer durch Russland bedeuten, eine Tatsache, die die IG verschwinden lässt. Eine Niederlage Russlands hingegen würde die russischsprachige Minderheit der Ukraine zu einer noch nie da gewesenen nationalen Unterdrückung verurteilen. Der Knackpunkt ist, dass keine der beiden Seiten in diesem Krieg einen gerechten nationalen Befreiungskampf führt.

Die Pflicht von Revolutionären ist es, zu erklären, dass in der gegenwärtigen Situation die fortschrittliche Lösung der nationalen Frage in der Ukraine ohne den Sturz der russischen und ukrainischen Kapitalisten ***unmöglich*** ist. Nur die Macht der Arbeiter kann eine wirklich demokratische Lösung für die Ukrainer und die russischsprachigen Massen herbeiführen. Mit der Losung „Verteidigt die Selbstverwaltung im Südosten der Ukraine!" betrügt die IG die Arbeiterklasse.

Mit der Forderung der IG „Zerschlagt die Faschisten", die eine ihrer Hauptlosungen im gegenwärtigen Krieg ist,

verhält es sich ähnlich. Die Hauptaufgabe für die russischen und ukrainischen Arbeiter ist nicht der Kampf gegen Faschismus. Es kann keinen unabhängigen Kampf gegen den Faschismus in der Ukraine geben ***ohne*** einen revolutionären Kampf, diesen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen alle Ausbeuter zu verwandeln. Die dringende und unmittelbare Aufgabe für russische und ukrainische Kommunisten ist es, für die Verbrüderung von Soldaten und Arbeitern zu kämpfen und einen gemeinsamen revolutionären Kampf gegen den Krieg ihrer „eigenen" kapitalistischen Herrscher zu führen. Anstatt dafür zu kämpfen, die russischen und ukrainischen Arbeiter von ihren verräterischen nationalistischen Führern wegzubrechen, die sie als Kanonenfutter an ihre Ausbeuter ausliefern, betrügt die IG die ukrainischen ***und*** russischen Arbeiter, indem sie ihnen erzählt, ihre Hauptaufgabe bestehe darin, Selenskyjs Armee von Faschisten zu säubern.

Außerdem lässt man Russlands Kriegsziel „Entnazifizierung" glaubwürdig erscheinen, wenn man den Kampf gegen den Faschismus in der Ukraine als die Hauptaufgabe in diesem Krieg darstellt. Was soll denn „Zerschlagt die Faschisten" in diesem Krieg auch anderes bedeuten als stillschweigende Unterstützung für Russland? In den Artikeln der IG spiegelt sich diese pro-russische Tendenz ständig wider. In „The Truth About Ukraine's Fascist Infestation" schreibt die IG zum Beispiel: „Zwar hat Putin die ‚Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine' zu seinem Kriegsziel erklärt, doch damit dies eine dauerhafte Wirkung hat, müssen es die arbeitenden Menschen auf einer ***internationalistischen*** Grundlage selber erreichen" [Hervorhebung im Original]. Lächerlich! Die russischen Oligarchen führen in der Ukraine nicht irgendeinen antifaschistischen Krieg. Es ist gegen die Interessen des Proletariats, Russlands Krieg zu unterstützen, ***nicht*** weil er keine „dauerhafte Wirkung" bei der Ausrottung des Faschismus haben wird, sondern weil sein Ziel die Versklavung der Ukraine durch die russische Kapitalistenklasse ist! Die Behauptung der IG, sie sei für revolutionären Defätismus, ist reine Augenwischerei, denn die IG stellt den Krieg der russischen Kapitalisten als halbwegs fortschrittlich dar.

Im Grunde glauben wir nicht, dass die IG aus irgendeiner Begeisterung für Putins Russland die „Entnazifizierungs"-Ziele der russischen Bourgeoisie indirekt unterstützt oder Forderungen wie „Selbstverwaltung im Südosten der Ukraine!" aufstellt. Es ist einfach das logische Ergebnis der Weigerung, sich auf das Proletariat als unabhängigen revolutionären Faktor zu stützen, was nur dazu führt, auf die eine oder andere bürgerliche Kraft zu setzen. Einige in den imperialistischen Ländern und viele in der neokolonialen Welt lassen sich aus Hass auf die Imperialisten dazu verleiten, Russland zu unterstützen. Dies ist im Wesentlichen auf Demoralisierung zurückzuführen, auf die Unfähigkeit, sich ein revolutionäres Ergebnis auch nur vorzustellen, und auf die Illusion, das kapitalistische Russland sei so etwas wie eine Alternative zu den Imperialisten. Das bringt die IG zum Ausdruck.

Aber könnte die IG nicht auf ihre anderen „revolutionären" Losungen verweisen, um unsere Argumente zu widerlegen? Neben den oben zitierten Forderungen hat die IG auch die Losungen „Gegen den vom Imperialismus angezettelten Russland-Ukraine-Krieg" sowie „Für einen revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Machthaber in Moskau und Kiew!" und ruft oft zum revolutionären Klassenkampf gegen die Imperialisten auf. Schöne Worte! Aber im Gegensatz zu unserer Losung – die ukrainischen und russischen Soldaten aufzurufen, sich zu verbrüdern und ihre Waffen umzudrehen – ist der „revolutionäre" Aufruf der IG völlig abstrakt und darauf ausgerichtet, mit Reformismus und Sozialpazifismus ***vereinbar*** zu sein.

Zahllose Opportunisten haben kein Problem damit, „gegen den vom Imperialismus angezettelten Krieg" zu sein und nichtssagende Erklärungen über die Notwendigkeit vom „revolutionären Klassenkampf" in Kiew, Moskau und anderswo abzugeben, während sie ***gleichzeitig*** für den Sieg der Ukraine und die Niederlage Russlands kämpfen, was sie zu Lakaien ihrer „eigenen" imperialistischen Herrscher macht. Wozu aber niemand von den Reformisten und Opportunisten – und auch die IG nicht – aufrufen wird, ist die historische Losung des Bolschewismus: der Aufruf zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie. Dies ist die einzige Losung, die konkret einen klaren Weg zur Revolution aufzeigt und frontal eine revolutionäre Position gegen die pro-imperialistische nationale Einheit zur Unterstützung der Ukraine bezieht.

Die Aufgabe von Revolutionären besteht nicht in vagen

und leeren Aufrufen zum „revolutionären Kampf“, sondern darin, für einen solchen Kampf ein klares ***revolutionäres Programm*** zu liefern. Die Unione Sindacale di Base (Basisgewerkschaft – USB) in Italien und die mit der Kommunistischen Partei Griechenlands verbundenen PAME-Gewerkschaften haben Aktionen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und gegen die NATO und die Imperialisten durchgeführt. Natürlich müssen Revolutionäre solche Aktionen unterstützen und verteidigen und sich aktiv daran beteiligen. Doch es ist auch entscheidend, darauf hinzuweisen, dass diese Aktionen unter sozialpazifistischen Losungen und von reformistischen Führern durchgeführt wurden. Diese Führer sind ebenso ein Hindernis für die revolutionäre Mobilisierung des Proletariats wie die offen pro-imperialistischen Stiefellecker. In Italien zum Beispiel sind die USB-Führer ständig damit beschäftigt, Antikriegsaktionen der Arbeiter bürgerlichen „Anti-Kriegs“-Politikern und der katholischen Kirche unterzuordnen.

Aber kein Wort darüber von der IG, die in ihrem Artikel „NATO Socialists in Italy“ ([NATO-Sozialisten in Italien] *Internationalist*, April 2022) diese Aktionen unkritisch bejubelt. Das zeigt, was es mit dem Aufruf der IG zum „revolutionären Kampf“ wirklich auf sich hat. Damit ist kein Klassenkampf auf der Grundlage des revolutionären Defätismus gemeint, sondern gewerkschaftliche Aktionen unter pazifistischer Führung. Warum sonst wohl hat die IG keine einzige Polemik gegen den Pazifismus? Gerade den Kampf für eine revolutionäre Führung lehnt die IG ab, und der erfordert es, die Arbeiterklasse von ***allen*** sozialchauvinistischen Führern, ***einschließlich*** der Anti-NATO-Pazifisten, zu brechen.

Zentrismus führt zu Sozialchauvinismus

Wie wir schon ausgeführt haben, ist der Kampf gegen den Imperialismus ohne einen Kampf gegen die pro-imperialistischen Agenten in der Arbeiterbewegung nicht möglich. Das ist absolut entscheidend in den imperialistischen Zentren, deren Herrscher das internationale Bollwerk der Reaktion sind. Auch dieses Verständnis ergibt sich direkt aus Lenins Kampf im Ersten Weltkrieg. Die wichtigste Lehre des Leninismus ist, dass die Voraussetzung für das Schmieden einer revolutionären Partei – das wesentliche Werkzeug zur Verwirklichung einer Arbeiterrevolution – darin besteht, dass sich die proletarische Avantgarde vom Sozialchauvinismus und Zentrismus ***abspaltet*** und sich unter einem wirklich revolutionären Banner vereinigt. In *Sozialismus und Krieg* (1915), einem der wichtigsten programmatischen Dokumente der Bolschewiki, erklärten Lenin und Grigori Sinowjew:

> „Nur der ist wahrhaft ein Internationalist, der gegen das Kautskyanertum kämpft und begreift, dass das ‚Zentrum‘, ***auch nach*** der scheinbaren Schwenkung seiner Führer, in Prinzipienfragen ***der Verbündete der Chauvinisten und Opportunisten*** bleibt.“

Und dann weiter:

> „Wir sind zutiefst überzeugt, dass beim heutigen Stand der Dinge der Bruch mit den Opportunisten und Chauvinisten die erste Pflicht eines Revolutionärs ist – genauso wie die Trennung von den Gelben, den Antisemiten, den liberalen Arbeiterverbänden usw. notwendig war, damit man die zurückgebliebenen Arbeiter rascher aufklären und sie in die sozialdemokratische Partei einreihen konnte.
>
> Die Dritte Internationale müsste unserer Ansicht nach gerade auf einer solchen revolutionären Basis geschaffen werden.“

Seit Jahrzehnten schon haben die Verräter, die in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern die Arbeiterklasse führen – in den Gewerkschaften und Arbeiterparteien –, der Arbeiterbewegung eine Niederlage nach der anderen eingebracht und sie verwalten den Niedergang der Gewerkschaften und die Verarmung der Arbeiterklasse. Während der Pandemie stürzten sich die Arbeiterleutnants des Kapitals in eine Orgie der nationalen Einheit mit der Bourgeoisie, unterstützten die verheerenden Lockdowns, befürworteten sogar noch strengere Maßnahmen und spielten die entscheidende Rolle bei der Entwaffnung des Proletariats, während die Bosse die Arbeiter unter Beschuss nahmen. (Mit ihrer Unterstützung für diese reaktionären Maßnahmen hat die IG die Arbeiterklasse verraten.)

Und jetzt, da eine massive Inflation den Lebensstandard der Arbeiter in rasantem Tempo zerstört, rühren die Gewerkschaftsführer nicht nur keinen Finger dagegen, sondern sind sogar damit beschäftigt, den imperialistischen Schlächtern dabei zu helfen, ihren Kriegskurs gegen Russland in der Arbeiterbewegung zu verkaufen. Die Arbeiterklasse von diesen Verrätern zu spalten und die Vierte Internationale wiederzuschmieden – d. h. eine neue, revolutionäre Führung der internationalen Arbeiterklasse –, ist nach wie vor die dringendste und wichtigste Aufgabe für Revolutionäre und das Hauptziel der IKL. Auf die Herbeiführung eines solchen Bruchs hinzuarbeiten ist tatsächlich der ***einzige*** Weg, ***jetzt*** gegen den Imperialismus wirklich zu kämpfen. Dass die IG in der Praxis den Leninismus aufgegeben hat, zeigt sich am deutlichsten darin, dass sie den Kampf für eine revolutionäre Führung des Proletariats ablehnt.

In ihrer Erklärung vom 28. Februar wendet sich die IG mehrfach polemisch gegen die reformistische Linke und die Pseudotrotzkisten. Inhaltlich lässt sich ihre Polemik in dem Satz zusammenfassen, dass sich „... der Großteil der westlichen Linken auf die Seite der NATO-Imperialisten gestellt und die Russen einseitig angeprangert“ hat. Die IG stößt sich hauptsächlich daran, dass in Deutschland Die Linke, in Frankreich die Kommunistische Partei, in den USA die Socialist Alternative (SAlt) & Co. zu „einseitig“ sind.

Damit wird der wesentliche Verrat der Reformisten vertuscht: ***ihre Ablehnung des revolutionären Defätismus und ihre Unterstützung der Ukraine gegen Russland, was eine Unterstützung ihrer „eigenen“ imperialistischen Gebieter darstellt!*** Die Position des revolutionären Defätismus ist nichts wert, wenn man nicht genau von dieser Grundlage aus die Reformisten entlarvt! Aber dazu muss man für „revolutionären Defätismus“ konkret und ***in Taten*** kämpfen, im Gegensatz zu einer bedeutungslosen Erklärung auf dem Papier, von der man nicht wirklich überzeugt ist und die man nur benutzt, um sich bloß nicht offen auf die Seite Russlands zu schlagen. Indem die IG die Linke für alles kritisiert ***außer*** für deren Ablehnung des revolutionären Defätismus, kapituliert sie vor dem Sozialchauvinismus.

Wir wollen unseren Lesern ein Beispiel für eine solche „Polemik“ geben. Die IG greift SAlt dafür an, dass sie „zu ‚voller Solidarität mit dem ukrainischen Volk‘ aufrief und forderte, dass ‚die russischen Truppen sofort aus der Ukraine abgezogen werden sollten‘.“ Die IG antwortet: „Kein Aufruf, die NATO-Waffen nach Kiew zu stoppen, jedoch.“ Was für eine groteske Kapitulation vor dem Sozialchauvinismus! „Russische Truppen raus!“ ist die Losung, die von der gesamten sozialchauvinistischen Linken im Einklang mit den NATO/EU-Imperialisten erhoben wird. Die IG ist mit dieser Losung nicht einverstanden, aber ***nicht*** deshalb, weil sie eine pro-imperialistische Forderung ist, sondern weil sie zur Forderung der IG nach „Selbstverwaltung“ im Widerspruch steht, d. h. die IG ist für „russische Truppen rein“.

Im Gegensatz zur IG lehnen Revolutionäre die Forderung „Russische Truppen raus!“ deshalb ab, weil sie bedeutet, für den Sieg der Ukraine einzutreten, was mit einer Position des revolutionären Defätismus unvereinbar ist. Ein Abzug der russischen Armee ist ***nur*** durch eine militärische ***Niederlage*** Russlands möglich. Die Folge davon wäre,

dass die Ukraine unter der Vorherrschaft der Imperialisten erhalten bleibt. Mit dieser Losung verteidigt SAlt nicht die ukrainischen Massen, sondern verteidigt stattdessen das „Recht“ zur ausschließlichen Ausplünderung der Ukraine durch „ihre“ Imperialisten als kleineres Übel gegenüber der Ausplünderung durch die russischen Kapitalisten. So ist die Kritik der IG an SAlt ein reines Alibi und eine Kapitulation vor dem Sozialchauvinismus. Selbst wenn SAlt einen Aufruf gegen NATO-Waffenlieferungen an Kiew hinzufügen würde – was billig für Pazifisten ist –, würde dies überhaupt nichts an der Tatsache ändern, dass ihre Position durch und durch sozialchauvinistisch ist.


Wiktor Bulla

Lenin auf dem Zweiten Weltkongress der Kommunistischen Internationale, 1920. Kongress beschloss, dass Bedingung für Aufnahme in die Komintern der Bruch mit Reformisten und Zentristen ist

Die Bolschewiki forderten im Ersten Weltkrieg nicht „Deutsche Truppen raus aus Russland“, was die Losung des Zaren war (und später der bürgerlichen Provisorischen Regierung von Kerenski). Sie kämpften dafür, deutsche Soldaten für eine revolutionäre Verbrüderung mit den russischen Arbeitern und Bauern zu mobilisieren, sowohl gegen die russischen als auch gegen die deutschen Kapitalisten. ***Entscheidend*** war jedoch, dass die Bolschewiki die Sozialdemokraten genau dafür anprangerten, dieses revolutionäre Programm abzulehnen. Und genau das zu tun weigert sich die IG!

Deutschland: Opportunismus in Aktion

Wie der Zentrismus der IG direkt zum Sozialchauvinismus führt, zeigt sich noch deutlicher in Deutschland. Seit Kriegsbeginn befindet sich die deutsche Linke in einer tiefen Krise, und als Reaktion darauf haben unsere Genossen von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) unter den Linken eine Kampagne gestartet mit der Losung „Schmeißt EU/NATO-Unterstützer aus der Linken!“ in Verbindung mit unserer Losung „Ukrainische, russische Arbeiter: Dreht die Gewehre um!“ (siehe *Spartakist* Nr. 224). Auf der öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 12. Mai in Berlin prangerte die IG in ihrem Diskussionsbeitrag diese Perspektive als reformistisch an, weil sie angeblich Illusionen in eine „reformierte“ Sozialdemokratie schürt. Um den revolutionären Charakter der Losungen unserer deutschen Genossen zu verstehen und um zu begreifen, wie die Kritik der IG eine Verteidigung des Sozialchauvinismus ist, müssen wir zunächst die gegenwärtige Situation in Deutschland etwas genauer erklären.

Der Krieg in der Ukraine hat den deutschen Imperialismus gezwungen, schlagartig eine scharfe Änderung seiner strategischen Ausrichtung durchzuführen. Seit der Konterrevolution, welche die UdSSR zerstörte, hat Deutschland ein sorgfältig ausgewogenes Verhältnis zwischen seinen Verpflichtungen gegenüber dem US-dominierten transatlantischen Bündnis EU/NATO und der Entwicklung von umfangreichen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland hergestellt. Aber Russlands Einmarsch in die Ukraine hat diese Situation unhaltbar gemacht, und die deutsche Bourgeoisie ist nun gezwungen, mit Russland zu brechen, sich uneingeschränkt dem US/NATO-Kriegskurs zu verpflichten und schwere Waffen in die Ukraine zu schicken.

Ein Aspekt dieser großen Veränderung ist die von SPD-Kanzler Olaf Scholz angekündigte massive Aufrüstung des deutschen Militärs. Mit Hilfe von EU und Euro hat Deutschland seine wirtschaftliche Vorherrschaft über Europa durch die „friedliche“ Ausplünderung Ost- und Südeuropas massiv gestärkt. Da die Stabilität auf dem Kontinent durch die Amerikaner und die NATO garantiert wurde, brauchte Deutschland keine größeren Militärausgaben. Jahrzehntelang war der Pazifismus der reformistischen Linken in Deutschland, mit ihrem Engagement für „Abrüstung“ und ihrer Ablehnung von Auslandseinsätzen der deutschen Armee, völlig auf einer Linie mit der Politik der deutschen Imperialisten. Aber diese glücklichen Flitterwochen sind nun zu einem plötzlichen Ende gekommen, wobei die Bourgeoisie über ihre SPD-Anwälte die Scheidung eingereicht hat, die diese Änderung umsetzen, den deutschen Imperialismus wiederbewaffnen und die Arbeiterbewegung darauf ausrichten.

Angesichts dieses scharfen Kurswechsels befindet sich die deutsche Linke in einer Krise, wie man sie in anderen imperialistischen Ländern nicht kennt, wobei fast alle Organisationen in interne Kämpfe verwickelt sind. An der Basis der SPD gibt es eine Menge Unzufriedenheit. Scholz wurde bei seiner Rede am 1. Mai in Düsseldorf von der Menge der versammelten Gewerkschafter ausgepfiffen und beschimpft. In der reformistischen Partei Die Linke will ein erheblicher Teil der Führung ihre historische Forderung nach „Auflösung der NATO“ fallen lassen und beim imperialistischen Kriegskurs voll mitmachen. Doch eine beträchtliche Opposition wehrt sich gegen diesen Kurs und will an dem Pazifismus der Vergangenheit festhalten, dabei aber um jeden Preis eine Spaltung vermeiden. Weiter links stehende Organisationen (Deutsche Kommunistische Partei, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Kommunistische Organisation usw.) haben keine Ahnung, was man tun soll, und sind zutiefst gespalten: in einen Pro-NATO/EU/Ukraine-Flügel auf der einen Seite, einen pro-russischen Flügel auf der anderen und ein Zentrum, das verzweifelt versucht, die Einheit aufrechtzuerhalten. In gewisser Weise ist die Krise der deutschen Linken ein Spiegelbild der Krise der herrschenden Klasse in Deutschland.

Gerade gegen die Kriecherei der gesamten pazifistisch-reformistischen Linken vor den sozialdemokratischen Handlangern der Imperialisten stellten unsere deutschen Genossen die Losung auf: „Schmeißt EU/NATO-Unterstützer aus der Linken!“ Wir sagen, dass diejenigen, die die imperialistischen Instrumente der Ausbeutung offen unterstützen, aus der Arbeiterbewegung rausgeschmissen werden sollen. Doch unser Aufruf richtet sich hauptsächlich gegen jene Reformisten und Pazifisten, die im Namen der „Einheit“ unweigerlich verraten und vor den offenen Apologeten des

Imperialismus kapitulieren werden und deren pazifistisches Programm sowohl die Ursache für die Krise in der Linken als auch das Haupthindernis für die Herausbildung eines revolutionären marxistischen Pols gegen den deutschen Imperialismus ist.

Versuchen wir also, die Linkspartei zu „reformieren“ anstatt eine revolutionäre Partei aufzubauen, wie es die IG behauptet? Wie wir von Lenin gelernt haben, kann eine revolutionäre Partei nur geschmiedet werden, indem man die Arbeiterbasis der Sozialdemokratie von ihrer verräterischen, reformistischen Führung bricht. Unser Ziel ist es, die Polarisierung in der Linkspartei – und in allen anderen linken Organisationen – zu vertiefen, sie weiter voranzutreiben und Klarheit zu schaffen, indem wir zeigen, dass der Imperialismus ***nur*** auf der Grundlage eines ***revolutionären*** Programms konsequent bekämpft werden kann, um so die Linkspartei entlang dieser Linie zu ***spalten***.

Um das zu erreichen, fordern wir in der Tat den linken Flügel der Linkspartei dazu auf, diejenigen rauszuschmeißen, die sich offen zur NATO, zur EU und zum deutschen Imperialismus bekennen. Das wahrscheinlichste Ergebnis wird sein, dass seine Unterstützer sich weigern, dies zu tun, und dass sie sich bemühen, an der Einheit mit den Pro-Imperialisten von Gregor Gysi & Co. festzuhalten, und sich auf diese Weise als Agenten des Imperialismus entlarven. Wenn sie jedoch den rechten Flügel wirklich rausschmeißen, wäre das auch eine gute Sache. Gysi, Bodo Ramelow und alle anderen imperialistischen Stiefellecker aus der Arbeiterbewegung rauszuschmeißen ist ein Akt elementarer politischer Hygiene, den nur rückgratlose Opportunisten ablehnen.

Eine solche Spaltung würde Die Linke nicht zu einer revolutionären Partei machen. Es wäre nicht ***unsere*** Spaltung. Wir würden sie aber befürworten, weil dadurch Sahra Wagenknecht und ihre pazifistischen Gefolgsleute an die Spitze der Partei kämen. Ohne die Möglichkeit, sich hinter dem rechten Flügel zu verstecken, wäre es viel leichter, ihr bankrottes Programm für „Abrüstung“, „Frieden“ und Verteidigung des „Völkerrechts“ als eine völlig pro-imperialistische Sackgasse zu entlarven. Die erfolgreiche Anwendung unserer Taktik würde die Möglichkeit zu einer Spaltung in der Linkspartei entlang der Linie Reform kontra Revolution eröffnen, was sie als reformistisches Hindernis zerstören und die Grundlage für das Schmieden einer revolutionären Arbeiterpartei in Deutschland schaffen würde.

Unter dem Deckmantel links klingender Anschuldigungen, wir würden versuchen die Sozialdemokratie zu reformieren, verurteilt die IG schlichtweg die Anwendung des Leninismus auf die lebendige Realität. Es ist nicht die Pflicht von Revolutionären, wie es die IG gerne hätte, am Rand zu stehen und abstrakt den „revolutionären Klassenkampf“ zu predigen, sondern an den Bruchstellen zu intervenieren, die die Arbeiterklasse und die Linke erschüttern, und zwar in einer Weise, die den Kampf für die Revolution ***objektiv*** voranbringen wird.

Auf der Berliner Diskussionsveranstaltung sagte ein Sprecher der IG, der auf dem gleichen falschen Argument über das „Reformieren“ der Sozialdemokratie herumritt, dass dies besonders kriminell sei, da der dritte Weltkrieg vor der Tür stehe. Doch in Wirklichkeit verurteilt die IG den Kampf, ***beide*** Flügel der Sozialdemokratie vor der Arbeiterklasse zu entlarven: die pro-imperialistischen Stiefellecker ***und*** die pazifistischen Versöhnler. Indem die IG unsere Forderung nach dem Rauswurf der Ersteren anprangert, unterstützt sie die Letzteren. Die wahre Logik derartiger sektiererischer „Reinheit“ besteht darin, den Kampf gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen ihren linken Flügel, einzustellen. ***Dies*** ist das wirkliche Verbrechen, ob der dritte Weltkrieg nun kommt oder nicht.

Als der Weltkrieg unmittelbar bevorstand, kämpfte Leo Trotzki unermüdlich für die Herausbildung einer revolutionären Internationale durch den Kampf gegen den Stalinismus, den größten Betrug zu dieser Zeit. Trotzki erklärte:

> „Wir haben keine und können keine anderen Mittel oder Hebel des Widerstands gegen den Krieg haben außer der revolutionären Organisation der proletarischen Avantgarde. Das Haupthindernis für den Zusammenschluss und die Schulung einer solchen Avantgarde ist in der gegenwärtigen Zeit die sogenannte Komintern. Der Kampf für eine neue revolutionäre Organisation, die fähig ist dem Krieg zu widerstehen, kann daher nur in dem Kampf gegen das Gift bestehen, das der Stalinismus in die Arbeiterbewegung hineinträgt. Wer unter dem Vorwand der Kriegsgefahr empfiehlt, den Kampf gegen den Stalinis-



Willy Römer

Berlin, Januar 1919: Arbeiteraufstand nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

> mus abzubrechen, der desertiert faktisch vor den revolutionären Aufgaben und versteckt sich hinter lauten Phrasen über die Weltkatastrophe. Mit dieser grundlegend falschen Sichtweise haben wir nichts gemeinsam.“ („Eine falsche Sichtweise“, Oktober 1938)

In Deutschland ist das Haupthindernis für die Vereinigung der revolutionären Avantgarde zurzeit das Gift des liberalen Reformismus und Pazifismus, das von den Sozialdemokraten in die Arbeiterbewegung hineingetragen wird. Jene „Sozialisten“ wie die IG, die auf dem Papier behaupten, für eine revolutionäre Führung zu sein, die aber den Kampf zur Säuberung der Arbeiterbewegung von den Agenten des Imperialismus verurteilen, tragen objektiv dazu bei, den ***Frieden*** und die ***Einheit*** mit den pro-imperialistischen Verrätern, die gegenwärtig die Arbeiterklasse führen, aufrechtzuerhalten. Während sie sich hinter lauten Phrasen über „Klassenkampf“ verstecken, verstärken sie in Wirklichkeit die Unterordnung des Proletariats unter seine Ausbeuter, indem sie den Zugriff der sozialchauvinistischen Führer auf die Arbeiterbewegung unangetastet lassen.

„Revolutionärer Defätismus“ auf dem Papier, Sozialchauvinismus in der Praxis: Das charakterisiert die Position der IG zum Krieg in der Ukraine.

Der Kampf für eine Arbeiterrevolution steht auf der Tagesordnung

Das Hauptargument vieler Pseudo-Marxisten gegen die Position der IKL zum Ukraine-Krieg ist, dass unser Aufruf, diesen reaktionären Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg umzuwandeln, deshalb falsch sei, weil es im Augenblick keine revolutionäre Situation in der Ukraine oder in Russland gibt. Andere haben den Aufruf als unmöglich und utopisch verurteilt, was tatsächlich eine ehrlichere Art ist, das Gleiche zu sagen.

Eine solche Perspektive utopisch zu nennen ist reine Demoralisierung, und man braucht sich nur die Fakten anzusehen, um das klar zu erkennen. Die russischen und ukrainischen Arbeiter werden von ihren eigenen Herrschern jeden Tag mehr geschunden und ausgepresst, um den Krieg am Laufen zu halten. In Russland kommen die Söhne von Arbeitermüttern in Leichensäcken zurück, gestorben für die Ziele der Oligarchen. In der Ukraine wollen Selenskyj und seine imperialistischen Herren kein Ende des Konflikts, denn der Krieg schwächt Russland, und wenn die Ukraine von Blut überschwemmt wird, dann sei es so – alles nur, um den Räubervereinen EU und NATO beizutreten und billige Arbeitskraft für deutsche, amerikanische und britische Unternehmen zu liefern. Auf beiden Seiten wird den Arbeitern in Uniform befohlen, sich gegenseitig zu töten, auch wenn sie eine gemeinsame Geschichte aus der Zeit der Sowjetunion und oft sogar gemeinsame Verwandte haben. Inzwischen wird die arbeitende Bevölkerung zur Armee eingezogen und im Umgang mit Waffen geschult. In den imperialistischen Ländern leiden die Arbeiter durch die steigende Inflation und die explodierenden Energiekosten und sollen den massiven Angriff auf den Lebensstandard im Namen des Kampfes für die „Freiheit“ gegen ein „autoritäres System“ schlucken. Man muss sich schon absichtlich blind stellen, um die Möglichkeit auszuschließen, dass daraus eine revolutionäre Situation entsteht.

Die Geschichte zeigt, dass die reaktionären Kräfte des Nationalismus und des Chauvinismus, die bei Kriegsausbruch vorübergehend den Verstand der Arbeiter vernebeln, bei wachsendem Druck nicht überdauern. Wir können nicht wissen, ob daraus eine Revolution wird. Aber wir wissen, wer verhindert, dass sich die blanke Wut der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter Bahn bricht: die sozialchauvinistischen und reformistischen Führer der Arbeiterklasse, die diese betrügen. Wir wissen, dass alle für eine Revolution objektiv notwendigen Elemente vorhanden sind, ***aber keine*** revolutionäre Partei, die zur Führung der Revolution fähig ist. Und eines ist sicher: dass revolutionäre Parteien von denen aufgebaut werden, die für die Revolution kämpfen, und nicht von denen, die eine Revolution für unmöglich halten.

Während des gesamten Ersten Weltkriegs wurde Lenin fortwährend von den Sozialchauvinisten mit genau denselben Argumenten angegriffen. „Die Hoffnungen auf die Revolution hätten sich als Illusion erwiesen, und Illusionen zu verteidigen sei nicht Sache eines Marxisten“, sagt der Pseudo-Sozialist, der nur rechtfertigen will, dass er auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen ist. Lenin antwortete darauf:

> „Wird diese Situation lange anhalten, und wie weit wird sie sich noch verschärfen? Wird sie zur Revolution führen? Das wissen wir nicht, und niemand kann das wissen. Das wird nur die ***Erfahrung*** lehren, die uns zeigt, wie sich die revolutionären Stimmungen entwickeln und wie die fortgeschrittenste Klasse, das Proletariat, zu revolutionären Aktionen übergeht. Hier kann überhaupt weder von irgendwelchen ‚Illusionen‘ noch von ihrer Widerlegung die Rede sein, denn kein einziger Sozialist hat jemals und irgendwo die Garantie übernommen, dass gerade der jetzige (und nicht erst der nächste) Krieg, dass gerade die heutige (und nicht erst die morgige) revolutionäre Situation die Revolution hervorbringen werde. Hier handelt es sich um die völlig unbestreitbare und grundlegende Pflicht aller Sozialisten: um die Pflicht, den Massen das Vorhandensein der revolutionären Situation aufzuzeigen, ihren umfassenden und tiefgreifenden Charakter zu erläutern, das revolutionäre Bewusstsein und die revolutionäre Entschlossenheit des Proletariats zu wecken, ihm zu helfen, zu revolutionären Aktionen zu schreiten und der revolutionären Situation entsprechende Organisationen für die Arbeit in dieser Richtung zu schaffen…
>
> Darin, dass die Parteien von heute diese ihre Pflicht nicht erfüllt haben, besteht eben ihr Verrat, ihr politischer Tod, ihre Lossagung von ihrer Rolle, ihr Überlaufen auf die Seite der Bourgeoisie.“ („Der Zusammenbruch der II. Internationale“, 1915)

Genau für die Ablehnung eben dieser Pflicht tragen die IG sowie alle anderen Zentristen und Sozialchauvinisten die Schuld.■

Zum Teufel…

Fortsetzung von Seite 3

Fantasie hingegen stammt die Vorstellung, die durch und durch reaktionäre britische herrschende Klasse würde irgendwie anfangen, sich um die Arbeiter zu sorgen, oder die Labour Party könne unter Druck gesetzt werden, für die arbeitenden Menschen zu kämpfen. Labour war schon immer ein treuer Diener von Krone und City und wird es auch bleiben.

Wenn also die Lösung für diese Krise einfach und zu einem gewissen Grad offensichtlich ist, warum sind wir dann so weit entfernt davon, sie umzusetzen? Damit kommen wir zum Kern des Problems, der gigantischen Kluft zwischen dem, was heute in Britannien zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der arbeitenden Menschen notwendig ist, und den politischen Lösungen, die die Führer der Arbeiterbewegung in der Labour Party, den Gewerkschaften und der sozialistischen Linken vorbringen.

Was ist der Weg vorwärts?

Während der Sommer der Unzufriedenheit in den Herbst und Winter übergeht, steigen die Rechnungen und die Streikwelle hält an und weitet sich aus. Bisher lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens: Unter den Arbeitern brodelt offensichtlich die Wut und es besteht ein klarer Wille zum Kampf. Zweitens: Der Sommer der Unzufriedenheit war eigentlich nicht sehr heiß. Die Streiks waren vereinzelt, hatten nur begrenzte wirtschaftliche Auswirkungen und waren keine wirkliche Bedrohung für die Bosse und ihre Regierung.

Wir brauchen unbedingt eine Offensive der gesamten Arbeiterklasse gegen die Bosse in Form eines Generalstreiks. Dadurch würden die Arbeiter ***gerade jetzt***, wo die Krise zuschlägt, mit Sicherheit die meisten Zugeständnisse erringen. Wenn die gesamte Wirtschaft durch die Arbeiterklasse zum Stillstand gebracht wird, stellt sich auch die Frage, wer am Arbeitsplatz und im Land das Sagen hat: die Arbeiter oder die Bosse? Doch obwohl die Not verheerend ist und die Bedingungen reif sind, wird keine Generaloffensive organisiert. Warum nicht? Weil niemand in der Gewerkschaftsführung oder in der Labour Party irgendeine Absicht hat, auch nur die Frage zu stellen, welche Klasse in diesem Land das Sagen haben soll.

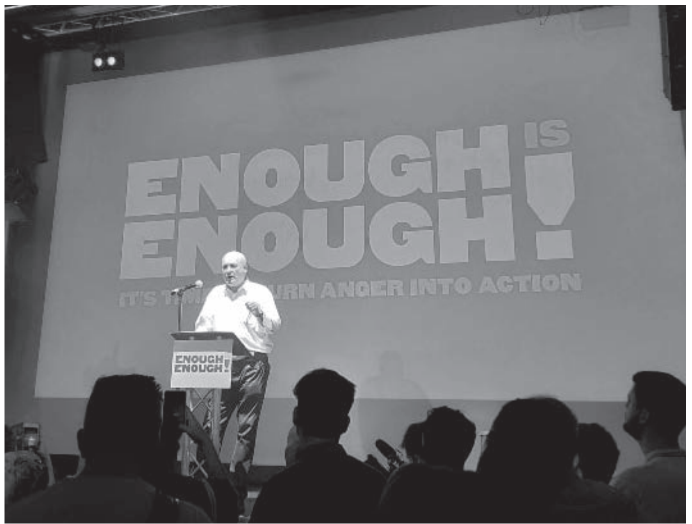
In den vergangenen Monaten wurden Gewerkschaftsführer wie Mick Lynch (RMT [Bahn, Schifffahrt und Transport]), Sharon Graham (Unite [Zusammenschluss unterschiedlicher britischer und irischer Gewerkschaften]) und Dave Ward (CWU [Kommunikation]) als neue Helden der Arbeiterklasse und der Linken dargestellt. Vor allem Mick Lynch hat ignorante rechte Journalisten effektiv zum Schweigen gebracht. Aber was die Organisierung eines echten Kampfes gegen die Bosse angeht, so haben er und die übrige Gewerkschaftsführung den Klassenkampf tatsächlich voll ausgebremst. Sie haben ihre Streiks so aufeinander abgestimmt, dass sie für Regierung und Wirtschaft ***keine*** größere Krise zur Folge haben. Ihre gesamte Strategie beruht auf einer Medienkampagne, die Druck auf Bosse, Regierung und Labour ausüben soll, sich mehr um die sich verschlimmernde Lage zu kümmern. Dies ist eine zum Scheitern verurteilte Strategie, die sich auf die Kommunikationsfähigkeiten von Bürokraten und nicht auf die soziale Macht der Arbeiterklasse stützt. Sie führt zu langwierigen, demoralisierenden Konflikten, die aller Voraussicht nach in die Niederlage führen und die Unterstützung der Bevölkerung verspielen.

Eine Konsequenz der Strategie der Gewerkschaftsführung, an die herrschende Klasse zu appellieren, ist ihre Ablehnung der grundlegendsten Methoden des Klassenkampfes. Die britischen Gewerkschaften sind historisch berühmt für ihre Massenstreikposten, die Streikbruch im Keim ersticken. Aber solche Methoden werden gerade von den Führern der Gewerkschaften als antiquiert dargestellt. Sie halten sich an die drakonischsten gewerkschaftsfeindlichen Gesetze und warten darauf, dass diese im Parlament widerrufen werden. Keine Chance! Mittlerweile ist es üblich geworden, dass Gewerkschaften gegeneinander Streikbruch begehen. Gewerkschaftsfeindliche Leiharbeit wird toleriert. Selbst die barbarischsten kapitalistischen Angriffe, wie die Entlassung der P&O-Beschäftigten im vergangenen März, wurden nicht mit Solidaritätsstreiks beantwortet. Diese RMT-Mitglieder wurden von Lynch im Stich gelassen. Ja, ***genug ist genug!*** *Für Massenstreikposten, die Streikbruch im Keim ersticken! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Schluss mit der Leiharbeit! Einstellung der Leiharbeiter zu vollen Gewerkschaftsbedingungen! Streikpostenketten überquert man nicht!*

Dies sind keine revolutionären Forderungen, sondern Grundprinzipien des Klassenkampfes. Damit die Arbeiterbewegung vorwärts gehen kann, muss sie diese Methoden wiederbeleben, die heute von Leuten wie Mick Lynch verworfen werden. Noch grundlegender ist, dass wir eine Gewerkschaftsführung brauchen, die die tagtäglichen Kämpfe für unmittelbare Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als Teil einer umfassenderen Strategie für die Machtübernahme der Arbeiterklasse führt. Eine Führung, die glaubt, mit dem richtigen Maß an Druck und „beiderseitigem guten Willen" könnten Arbeiter und Bosse gemeinsam florieren, wird immer die Interessen der Arbeiter opfern. Kapitalistischer Profit entsteht durch die Ausbeutung von Arbeitern; „Fair Play" mit den Bossen bedeutet, dass die Arbeiter geschröpft werden. Nur eine Führung, die den absolut reaktionären Charakter der Kapitalistenklasse und die Notwendigkeit versteht, dass die Arbeiter diese in der Führung der Gesellschaft ablösen müssen, kann jetzt eine siegreiche Offensive organisieren, echte Errungenschaften erzielen und den Kampf zur Beendigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung vorantreiben.

Die „Genug-ist-Genug"-Kampagne

In der gegenwärtigen Situation ist allen klar, dass punktuelle Streiks in einzelnen Industrie-Branchen die allgemeine Krise in Britannien nicht lösen werden. In einer solchen Situation verlässt sich die Gewerkschaftsbürokratie in der Regel darauf, dass die Labour Party ein linkes Gesicht aufsetzt und die Illusion einer echten Verbesserung unter einer Labour-Regierung vorgaukelt. Mick Lynch, Dave Ward,



Socialist Worker

Mick Lynch spricht auf der Kundgebung „Genug ist Genug" in London, 17. August. Diese Kampagne kanalisiert legitime Wut in reformistische Sackgasse

Sharon Graham und Co. haben jedoch das Problem, dass der derzeitige Labour-Vorsitzende wild entschlossen ist, jegliche Spur von Corbynismus aus der Partei zu tilgen und sich als ausgesprochen wirtschaftsfreundlicher Führer zu etablieren. Der wachsende Druck von Arbeitern, die einen radikalen Wandel wollen und brauchen, bringt die Gewerkschaftsführer daher in eine Zwickmühle. Da Labour sich weigert, den brodelnden Druck an der Gewerkschaftsbasis in Richtung Parlament zu kanalisieren, und die Gewerkschaftsspitzen sich weigern, einen echten Kampf zu führen, brauchen sie ein anderes Ventil.

An diesem Punkt tritt die „Genug-ist-Genug"-Kampagne (Enough is Enough, EiE) auf den Plan. Unter Führung von Mick Lynch und Dave Ward, im Bündnis mit der leicht sozialistisch angehauchten Zarah Sultana und einer Handvoll anderer linker Labour-Politiker, besteht ihr erklärtes Ziel darin, das politische Vakuum zu füllen. Seit ihrer Gründung hat EiE breite Unterstützung gewonnen. Diese Popularität ist auf den realen Drang nach einer politischen Alternative zur derzeitig angebotenen reaktionären Politik sowie auf die Einfachheit und Attraktivität der fünf Hauptforderungen zurückzuführen: 1) Eine echte Lohnerhöhung, 2) Drastische Kürzung der Energiekosten, 3) Schluss mit Mangelernährung, 4) Anständige Wohnungen für alle, 5) Besteuerung der Reichen.

Allerdings ist EiE in Wahrheit lediglich als zahnlose Öffentlichkeitskampagne konzipiert. Sie ist kein Schritt in die richtige Richtung, wie die meisten Linken behaupten, sondern ein Hindernis für den Kampf um echte Veränderung. Sie ist vor allem ein Appell an Politiker in Westminster, die fünf Punkte der Kampagne aufzugreifen. Der Hauptadressat ist Starmer, den EiE zu einer linkeren Haltung zu drängen hofft. Lynch hat das recht deutlich gemacht: „Starmer wäre ein guter Premierminister, er ist sehr umsichtig und kompetent – aber er braucht einen Funken, um in die Gänge zu kommen" (*London Economic*, 25. Juli). EiE hofft, Starmers Funke zu sein. Um den Druck so richtig aufzubauen, hat die CWU unter Ward jegliche Spenden an die Labour Party ausgesetzt ... abgesehen von den Mitgliedsbeiträgen. Bis Sir Keir sein „linkes Potenzial" entfaltet, schließen sich Lynch und Ward mit Labour-Linken zusammen und arbeiten mit Abgeordneten, Bürgermeistern und Gemeinderäten wie Sultana und (Ex-Blair-Unterstützer) Andy Burnham, „die hinter uns stehen". Kurz gesagt besteht der ganze Existenzgrund von EiE darin, das Bedürfnis von Lynch und Ward nach einer politischen Lösung zu stillen, die ***nicht*** in einer Generaloffensive gegen die Kapitalisten besteht.

Aber nehmen wir mal an, die kühnsten Träume der Labour-Linken werden wahr, Corbyn gewinnt die Führung der Partei zurück und wird auf einer Welle öffentlicher Unterstützung für den Sozialismus an die Regierung gespült: Was dann? Um so grundlegende Dinge wie „anständige Wohnungen für alle" zu verwirklichen, müssten sie das Eigentum großer Teile der herrschenden Klasse beschlagnahmen und sich gegen die grundlegenden Interessen der Kapitalistenklasse stellen. Wie? Mit einem Gesetzentwurf im Parlament? Dass dies das einzig legitime Mittel sei, um sozialen Wandel zu bewirken, ist tief in der DNA der Labour Party verankert. Die herrschende Klasse hat dummerweise keine solchen Skrupel und wird sich eher des Parlaments entledigen, als sich von einem Stück Papier enteignen zu lassen. Wer das nicht versteht, versteht nichts vom Klassenkampf. Linke Labour-Politik ist kein Kampfprogramm, sondern ein Programm der Beschwichtigung und Kapitulation. Der Versuch von EiE, den linken Labourismus nach dem Corbyn-Debakel wieder populär zu machen, kann unzufriedene Arbeiter und Jugendliche nur betrügen und in eine altbewährte Sackgasse lotsen.

Sozialisten müssen für ... sozialistische Führung kämpfen

Die linke Szene in Britannien wimmelt von „sozialistischen" Gruppen, die praktisch nicht voneinander zu unterscheiden sind und von denen viele behaupten, Trotzkisten zu sein. Bei so vielen Organisationen, die sich als sozialistisch bezeichnen, kann man sich nur fragen, warum der Kampf für den Sozialismus in der nationalen Debatte keine nennenswerte Rolle spielt. Um dieses Dilemma zu verstehen, muss man sich ansehen, was genau diese „Sozialisten" tun.

Während Gruppen wie die Socialist Party, *Socialist Appeal*, die Socialist Workers Party und die britische Communist Party allesamt schwören, für eine „sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft" und für so radikale Maßnahmen wie die Verstaatlichung der „150 größten Unternehmen" zu sein, unterstützen und propagieren sie durchweg Führer und Bewegungen, die ausdrücklich gegen eine sozialistische Revolution sind. Zum Beispiel bejubeln sie alle Mick Lynch, der sich selbst stolz als „Reformisten" bezeichnet und nichts mit Revolution zu tun haben will. Entsprechend wird die EiE-Kampagne als „eine willkommene Entwicklung" begrüßt (z. B. *Socialist Appeal*, 19. August). Es ist eine willkommene Entwicklung, dass die Stimmung für einen radikalen Wandel zunimmt. Aber es ist ein riesiges Hindernis für den Kampf um Sozialismus, dass diese Stimmung auf einen ausdrücklich parlamentarisch-reformistischen Weg umgelenkt wird.

Sozialisten müssen dagegen kämpfen, dass Arbeiter und Jugendliche von nichtsozialistischen Bewegungen wie EiE angeführt werden. Wenn sie das nicht tun, sind sie keine Sozialisten, sondern linke Stimmungsmacher für eine reformistische Bewegung.

Das Hauptaugenmerk der meisten „sozialistischen" Linken liegt darauf, den TUC [Gewerkschaftsdachverband] zur „Koordinierung von Streiks" zu drängen, einige gehen noch weiter und setzen sich dafür ein, dass der TUC einen „Generalstreik" ausruft (*News Line*, 6. September). Es ist sicherlich notwendig, solche Offensiven der Arbeiterklasse zu organisieren und sich dafür einzusetzen, aber die eigentliche Frage ist: Wer führt sie an und mit welchem Programm? Um erfolgreich zu sein, müssen solche Kämpfe von Arbeiterführern geführt werden, die bereit sind, in ihrem Kampf gegen die herrschende Klasse bis zum Ende zu gehen. Aber stattdessen besteht die gegenwärtige Gewerkschaftsführung aus denselben rückgratlosen Leuten, die in den letzten 30 Jahren für den Ausverkauf verantwortlich

Schluss mit Betteln…

Fortsetzung von Seite 2

Waffenlieferungen, Sanktionen gegen Russland usw. So unterstützen jetzt nur noch weniger als 30 Prozent (!) der Bevölkerung die Linie der Regierung im Ukraine-Krieg. Die Bourgeoisie ist aus gutem Grund besorgt über „Kriegsmüdigkeit“ der Bevölkerung – deshalb auch die breite Einheit von kapitalistischen Parteien wie CDU und Grünen bis zu den offenen Lakaien der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung wie den Führungen von SPD und Linkspartei. Alle von ihnen versuchen, mit einer eigenen Version eines „Preisdeckels“ als Beruhigungspille die Arbeiter stillzuhalten und ja bloß den „sozialen Frieden“ – nichts anderes als die Unterordnung der Arbeiter unter die Ausbeuter – aufrechtzuerhalten.

In der aktuellen Situation, in der die SPD die Arbeiter direkt angreift und die Linkspartei in die „Solidarität mit der Ukraine“ einstimmt und die Ausbeuter unterwürfig um ein paar erbärmliche Almosen anbettelt, kann sich die rechtspopulistische AfD leicht als Opposition zur Regierung profilieren. Die AfD stellt sich gegen die Ukraine-Politik der Regierung, weil sie von ihrem bürgerlichen Standpunkt, eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus verfolgt. Die Ampel-Regierung und die Arbeiterverräter wie Ramelow benutzen dies wiederum, um jeden als „Rechten“ zu diffamieren, der sich nicht in die nationale Einheit gegen Putin einreihen will. Die reformistische Linke stimmt zum großen Teil in diesen Chor ein.

Um die AfD zu bekämpfen, propagieren die Linken … wieder einmal, dass die Arbeiter die Einheit mit den prokapitalistischen Führern in Linkspartei und den Gewerkschaften aufrechterhalten müssen. Auf dieser Grundlage wollen sie eine breite Massenbewegung auf dem kleinsten gemeinsamen reformistischen Nenner aufbauen mit sozialen Forderungen an die Regierung, wie z. B. mehr Geld für Krankenhäuser und Bildung. Ohne Frage sind diese Dinge dringend erforderlich. Aber es war genau der Verrat von SPD und Linkspartei, die kapitalistische Austerität über Jahre durchgedrückt zu haben; es war genau der Verrat dieser Gewerkschaftsführer, die jahrzehntelange Unterordnung unter die liberale Bourgeoisie und Einheit mit ihr sowie Angriffe auf Löhne, Renten und Arbeitsbedingungen akzeptiert und zuletzt in der Pandemie Unterstützung für die Lockdowns und den Arbeitern komplette Unterordnung unter die Kapitalisten gepredigt zu haben! ***Genau dieses Programm*** hat die Arbeiterklasse in den letzten Jahren ihren Ausbeutern ausgeliefert und in den Ruin getrieben – und viele Arbeiter und verelendete Kleinbürger in die Arme der Reaktion und AfD getrieben, vor allem in Ostdeutschland. Einheit mit denen, die für die katastrophale aktuelle Situation verantwortlich sind, ist eindeutig eine Sackgasse für das Proletariat und kann nur zu weiteren Niederlagen führen. Im Gegenteil: Diese ganze Situation zeigt die Dringlichkeit, ***gegen*** diese reformistische Politik der Unterordnung unter die Ausbeuter zu kämpfen und damit zu brechen.

Brecht mit SPD, Linkspartei und ihren linken Wasserträgern!

Die reformistischen Gruppen argumentieren heute, dass man zuallererst die Teuerung bekämpfen müsse und dass der politische Kampf gegen die verräterische Führung der Arbeiter dem Kampf für die konkreten Bedürfnisse angeblich entgegenstehen würde. Dieses Argument kennen wir schon von den Kautskyanern im Ersten Weltkrieg. Sie hatten damals auch versucht, die Frage der Teuerung zu benutzen, um gegen Lenins Kampf und die Spaltung von den offenen Sozialchauvinisten zu kämpfen. Wir Spartakisten stehen zu Lenin, der genau hierauf klipp und klar geantwortet hat:

> „Diese Argumente bedeuten einfach eine Verhöhnung der Arbeiter. Wer wüsste denn nicht, dass wir Sozialdemokraten ***nicht*** gegen den Kampf für Reformen sind? dass ***wir*** uns aber, zum Unterschied von den Sozialpatrioten, zum Unterschied von den Opportunisten und Reformisten, ***nicht*** auf den Kampf für Reformen ***beschränken***, sondern ihn dem Kampf für die Revolution ***unterordnen***? ... Wir sind nicht gegen Wahlen und gegen Reformen zur Milderung der Teuerung, aber ***an die erste Stelle*** setzen wir die ***wahrheitsgetreue*** Aufklärung der Massen, nämlich darüber, dass es ***unmöglich*** ist, die

---

waren. Jede linke Organisation, die den gegenwärtigen TUC dazu aufruft, einen Generalstreik anzuführen, ist dafür, mit Führern in den Kampf zu ziehen, die bei der ersten Gelegenheit Verrat begehen werden, so wie es der TUC 1926 tat.

Die Situation in Britannien schreit dringend nach einem Generalstreik! Der erste Schritt zur Vorbereitung eines solchen Streiks ist der Bruch mit den hinter Lynch herlaufenden, den TUC anbettelnden Sozialisten, die so arg damit beschäftigt sind, genau jene Führungen aufzubauen, die einem Sieg im Wege stehen. Um die Sache des Sozialismus voranzubringen, muss in der gesamten Arbeiterbewegung für eine neue Führung gekämpft werden, die der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse verpflichtet ist. Zu diesem Zweck schlagen wir das folgende Programm vor, für das *jetzt* in den Gewerkschaften, in der Labour Party und in der sozialistischen Linken gekämpft werden muss:

- **Für Massenstreikposten, die Streikbruch im Keim ersticken!**
- **Für eine 30-prozentige Lohnerhöhung und eine gleitende Lohnskala!**
- **Beschlagnahmt die Ölplattformen in der Nordsee! Für gewerkschaftliche Kontrolle über die Verteilung von Gas und Energie zu Produktionskosten!**
- **Weg mit den Sanktionen gegen Russland! Lasst russisches Gas herein! Nieder mit der NATO und dem britischen Imperialismus! Ukrainische und russische Arbeiter: Dreht die Gewehre um, gegen eure eigenen Herrscher!**
- **Für eine Planwirtschaft zum Wiederaufbau des NHS, zur Schaffung neuen Wohnraums und zur Re-Industrialisierung Britanniens!**
- **Nieder mit der Monarchie und dem reaktionären Vereinigten Königreich! Für Arbeiterregierungen! ■**


picture alliance/Flashpic/Jens Krick

Berlin, 15. September: „konzertierte Aktion" von Kanzler Scholz, BDA-Boss Dulger und DGB-Chefin Fahimi, um Arbeitern Lohnverzicht reinzuwürgen

Teuerung anders zu überwinden als durch die Expropriierung der Banken und Großbetriebe, d.h. durch die soziale Revolution." (*Lenin Werke* Band 23, „Offener Brief an Charles Naine, Mitglied der Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern", 1917)

Das Programm der reformistischen Gruppen, den Kampf der Arbeiter auf Reformen zu beschränken, ist die Grundlage für ihre Einheit mit der aktuellen pro-kapitalistischen Führung der Arbeiterklasse. Diese Führung will den Arbeitern Akzeptanz der miserablen Situation im Kontext dieses Krieges mit allen möglichen Scheinlösungen reinzwingen, um den Rückhalt in der Arbeiterklasse für die Kapitalisten und ihre Kriegsziele nicht zu gefährden. Reformisten wie die von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wollen es den Arbeitern als Schritt in die richtige Richtung verkaufen, mit diesen offen pro-imperialistischen Führungen zusammen „durch einen Minimalkonsens" eine Bewegung gegen die Regierung aufzubauen. Die Reformisten wollen krampfhaft alle Differenzen über den Krieg unter den Tisch kehren und sich auf die „soziale Frage" konzentrieren. Sie fokussieren sich auf ihre pazifistischen Losungen für ein anderes Budget des deutschen Imperialismus („100 Milliarden für Gesundheit, Bildung, Klima und Soziales statt für Rüstung!") und verbinden diese mit sozialen Forderungen an die Regierung – bewusst vollkommen akzeptabel gemacht für jeden Gewerkschaftsbürokraten und Sozialdemokraten links von Olaf Scholz. Wer, wie die linken pazifistischen NATO-Opponenten, die Arbeiterklasse in Einheit mit diesen Führern mobilisiert, arbeitet ihnen in die Hände.

Ob nun „für Frieden", „gegen Inflation" oder „gegen die Rechten": Die Reformisten predigen, es sei im Interesse der Arbeiter, die Einheit mit der verräterischen Führung aufrechtzuerhalten. *Nein!* Im Gegenteil. Dieses Programm der Einheit mit der pro-kapitalistischen Führung des Proletariats, das sicherstellt, dass alle Forderungen im Rahmen des „Akzeptablen" für die Kapitalisten bleiben, ist das ***größte Hindernis*** im Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten für ihre Interessen ***jetzt***, genauso wie im Kampf für die einzige fortschrittliche Lösung, die die Übel von Krieg und Verarmung an der Wurzel anpacken kann, d.h. die sozialistische Revolution. Das Proletariat hat das offensichtliche Interesse und die soziale Macht, in den Fabriken und Energiewerken, dies alles zu bewerkstelligen. Aber es wird mit gebundenen Händen vor den Bossen auf die Knie gezwungen – von seiner eigenen Führung in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften.

Schluss damit! Die Arbeiterklasse braucht in dieser Krise ein revolutionäres Kampfprogramm – entgegen der verrückten Illusion, dass die Ausbeuter den Arbeitern „helfen" werden, und im Gegensatz zu dem erbärmlichen Betteln der Reformisten um Almosen. Zuallererst bedeutet das einen Kampf für eine neue, revolutionäre Führung, die für die Herrschaft der Arbeiterklasse kämpft. Das ist die einzig realistische Lösung, gegen den Krieg genauso wie gegen die Teuerung. ***Brecht mit SPD und Linkspartei! Für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!*** Als Kern des Programms, auf dessen Basis eine neue Führung des Proletariats geschmiedet werden muss, schlagen wir die folgenden Elemente vor:

Für ein revolutionäres Programm gegen die kapitalistische Energie- und Wirtschaftskrise!

Die Preise für Energie und Lebensmittel treiben die Arbeiter in den Ruin, während die Bosse Entlassungen und sozialen Kahlschlag durchziehen. Gegen die Angriffe der Kapitalisten ist eine Gegenoffensive der Arbeiterklasse dringend erforderlich. Die machtvollen Arbeiter in der Metall-, Chemie- und Transportindustrie haben das Interesse, ***jetzt*** in einen koordinierten Klassenkampf mit Streiks für ihre Interessen zu treten. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, wirkliche Zugeständnisse der Kapitalisten zu erringen, und wäre ein wichtiger Schlag, der das Proletariat vor Verelendung bewahren kann. Solch ein koordinierter Klassenkampf würde sofort die fundamentale Frage stellen, welche Klasse in der Gesellschaft herrscht.

Die Arbeiter sind bereit – das zentrale Hindernis, das auf Schritt und Tritt diesen Kampf verhindert, ist die aktuelle pro-kapitalistische ***Führung*** der Arbeiter, in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften, weil sie die Herrschaft der Kapitalistenklasse unterstützt und auf Biegen und Brechen diese Herrschaft nicht mal in Frage stellen will. Sie verbreitet die Lüge der „Sozialpartnerschaft" von Arbeitern und Kapitalisten. Sämtliche Lohnforderungen der Gewerkschaftsführer sind ein schlechter Witz und liegen noch deutlich unter der Inflationsrate.

Wie versuchen sie, mit diesem offenkundigen Verrat durchzukommen? Indem sie die SPD-geführte kapitalistische Regierung als Verbündeten der Arbeiter darstellen, der die mickrigen Lohnerhöhungen durch Hilfspakete, Einmalzahlungen oder was auch immer schon ausgleichen wird. So kanalisieren sie die Wut der Arbeiter in Hoffnungen auf Lösungen durch die Regierung, genau die Regierung, die gerade die Angriffe auf die Arbeiter durchpeitscht! Ob Grün-Schwarz, Ampel oder Rot-Rot: Es sind kapitalistische Regierungen, die notwendigerweise die Arbeiter angreifen! Die „Sozialpartnerschaft" der Gewerkschaftsführung heißt: Die Arbeiter müssen weiter bluten, während die Kapitalisten Profite scheffeln. Eins steht fest: Das 200-Milliarden-„Hilfspaket" der Regierung bedeutet einfach, die Probleme ein bisschen aufzuschieben, bis sie sich noch weiter verschlimmern … und am Ende die Arbeiter in Deutschland und Europa die Zeche dafür zahlen müssen.

Alle Linken fordern einen „Preisstopp" für Energie und Lebensmittel. Ja, die explosionsartige Teuerung muss im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten sofort angegangen werden. Arbeiter werden jeden Krumen und jede Konzession, die die Bosse geben, nehmen, auch wenn offensichtlich nichts davon nur annähernd die Krise für die Arbeiter und Unterdrückten lösen wird. Aber ein wirklicher Schritt voran für die Interessen der Arbeiterklasse erfordert eine frontale Konfrontation mit den Interessen der Ausbeuter. Doch das pro-kapitalistische Programm der Führer in der Arbeiterbewegung ist ihr Treueschwur, gerade das ***nicht*** zu tun. Deshalb ist die Strategie der reformistischen Linken von einer Einheit mit der jetzigen Führung kein Schritt vorwärts, sondern ein Hindernis im Kampf der Arbeiter für ihre sofortigen Interessen.

Ein wirklicher Kampf für die unmittelbaren Interessen



picture alliance/dpa/Michael Kappeler

Bundestag, 8. September: Sahra Wagenknecht kanalisiert Wut der Arbeiter über Krieg, Sanktionen und Wirtschaftskrise in reformistische, nationalistische Sackgasse

der Arbeiter muss verbunden werden mit dem Kampf für die Enteignung der herrschenden Kapitalistenklasse durch eine Arbeiterrevolution. Die Kapitalisten setzen die Preise natürlich so fest, dass ihre Profite gesichert sind – wodurch das Interesse der Arbeiter an bezahlbaren Preisen, ob für Essen oder Energie, sofort und direkt in Konflikt kommt mit den kapitalistischen Profitinteressen. Wer einen „gerechten" Kapitalismus und „Partnerschaft" mit den Bossen predigt, wie die Gewerkschaftsführungen von ver.di bis IG BCE und IG Metall, hat den Kampf gegen den Ruin der Arbeiter schon verloren. Die einzige realistische Antwort ist, dass die Arbeiter die Dinge selbst in die Hand nehmen, im Kampf *gegen* die Kapitalisten und ihren Staat. Entgegen der Politik der Gewerkschaftsführungen, um Almosen von den Bossen wegen der explodierenden Energiepreise zu betteln, muss man kämpfen: ***Für Beschlagnahmung aller Kraftwerke, Pipelines und Raffinerien durch die Gewerkschaften! Für Gewerkschaftskontrolle über die Verteilung von Gas und Energie – egal ob Kohle, Gas oder Atom – zu Produktionskosten!***

Das muss verbunden werden mit einem breiteren Kampf der Arbeiter gegen kapitalistische Verelendung, in dem die Arbeiterklasse durch ihre Gewerkschaften Schritte unternimmt, um die Preise im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten festzulegen. Um seine grundlegenden Lebensnotwendigkeiten zu sichern, muss das Proletariat Maßnahmen ergreifen, die direkt gerichtet sind gegen das „Recht auf Profit" der Kapitalisten; um seine Errungenschaften zu sichern, auszuweiten und eine Planwirtschaft in seinem eigenen Interesse aufzubauen, muss das Proletariat die Herrschaft der Kapitalisten durch eine sozialistische Revolution stürzen.

Natürlich tönen vorgeblich sozialistische Gruppen wie RIO (Revolutionär Internationalistische Organisation), GAM (Gruppe ArbeiterInnenmacht) usw. gern sehr radikal, z. B. mit ihrer Losung für „entschädigungslose Enteignung". Ohne Frage müssen die Energiekonzerne, wie auch die ganze Industrie und die Banken, ohne Entschädigung enteignet werden. Die zentrale Frage ist, ***wer*** die Verstaatlichung vornimmt und im Interesse ***welcher Klasse***. Die linken reformistischen Gruppen schwingen Reden über Sozialismus, aber predigen gleichzeitig Einheit mit der pro-kapitalistischen Führung der Arbeiter. Damit stellen sie sicher, dass alles, was es auch immer an Verstaatlichung geben wird, durch die bürgerliche Regierung im Interesse der Kapitalisten geschieht. Was das bedeutet, sollte die kürzliche Verstaatlichung von Uniper – einer der größten Stromerzeuger der Welt – durch die SPD-geführte Regierung jedem klarmachen: Rettung der Profite der Banken und Konzerne auf Kosten der Arbeiter. Groteskerweise haben die Arbeiterverräter in der ver.di-Führung das begrüßt und als „Rettung" für die Arbeiter dargestellt!

Im Moment ist es ein zentrales Ziel der deutschen Bourgeoisie, unabhängig von russischem Gas zu werden. Dieses Programm treibt der deutsche Imperialismus unter Federführung seiner Grünen-Partei mit den Schlagworten „Energiewende" und „Klimaschutz" voran. Das geht einher mit brutalen Angriffen auf die Arbeiter. Reformistische linke Gruppen stimmen vollkommen ein in diese liberale „Umwelt"-Hysterie und hängen diesem reaktionären bürgerlichen Programm – welches die Arbeiter z. B. im Kohletagebau der Lausitz oder die mächtige multiethnische Arbeiterklasse in der Autoindustrie ihrer sozialen Macht berauben soll – noch ein „sozialistisches" Mäntelchen um. Die Arbeiter müssen zurückzuschlagen! ***Nieder mit allen Angriffen auf die Arbeiterklasse im Namen von Energiewende oder Klimaschutz! Kämpft gegen alle Entlassungen und Stilllegungen!***

Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!

Weil sie den kapitalistischen Herrschern im Krieg den Rücken freihalten wollen, haben die pro-kapitalistischen Gewerkschaftsspitzen in den letzten Monaten Überstunden geschoben, um zu verhindern, dass sich die enorme Wut und Kampfbereitschaft von Arbeitern in der chemischen Industrie, den Häfen oder bei Lufthansa in einen wirklichen Kampf gegen die Kapitalisten wendet. Sie haben dagegen nur isolierte, auf minimale Forderungen begrenzte Streiks organisiert und diese so schnell wie möglich wieder abgewürgt. Wenn es mal Streikposten gab, dann haben die Bürokraten sie bewusst so organisiert, dass sie Streikbrecher ***nicht*** stoppen würden. Die Gewerkschaftsführer haben so der Bourgeoisie geholfen, die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Dagegen ist es notwendig, zu kämpfen: ***Für 30 Prozent Lohnerhöhung für alle sofort und eine gleitende Lohnskala, die automatisch an die Inflation angepasst wird! Für Massenstreikpostenketten, um Streikbrecher zu stoppen!*** Daher ist es notwendig, eine ***revolutionäre, klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften*** aufzubauen, die den Kampf gegen die Kapitalisten für die sofortigen Bedürfnisse der Arbeiter als Teil des Kampfes für die Herrschaft des Proletariats vorantreibt.

Jetzt, genau wie in der Pandemie, bieten die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer gegen die Drohung der Bosse mit Massenarbeitslosigkeit den Arbeitern Kurzarbeit als einzige Alternative an, was von der reformistischen Linken vollkommen akzeptiert wird. Im direkten Gegensatz zu diesem Verrat sagen wir: ***Kämpft gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit! Für eine massive Kampagne für Einstellungen unter Gewerkschaftskontrolle! Für massive Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich! Für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände!***

Die Arbeiter und das Kleinbürgertum in Ostdeutschland sind besonders hart getroffen: Löhne sind sowieso schon viel niedriger, das Rentenniveau ist ein übler Witz und ein großer Anteil der Arbeiter schuftet im Niedriglohnsektor in größtenteils de-industrialisierten Städten und Gebieten. Nach der kapitalistischen Konterrevolution – einer historischen Niederlage für die Arbeiterklasse – haben die Gewerkschaftsspitzen aus Loyalität zur Bourgeoisie der Einführung eines massiven Niedriglohnsektors, insbesondere in Ostdeutschland, vollkommen zugestimmt und für die Bosse mitorganisiert. Das war ein kompletter Verrat an den Arbeitern und hat die Arbeiterklasse in ***ganz*** Deutschland geschwächt. Dies unterstreicht nochmal: Der Klassenkampf für so elementare und dringend notwendige Dinge wie die

Zerschlagung des ganzen Systems von Leiharbeit, Werkverträgen und Ausgliederungen und *Westlöhne für alle sofort!* bedeutet in allererster Linie einen politischen Kampf gegen die aktuelle Führung der Arbeiterklasse. *Die Re-Industrialisierung Ostdeutschlands, genau wie des Ruhrgebiets und der de-industrialisierten Gegenden Westdeutschlands, als Teil einer Planwirtschaft unter Arbeiterherrschaft* ist eine dringende Notwendigkeit.

Die grundlegende Strategie der reformistischen Gruppen von RIO, marx21, MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) oder DKP ist es, die existierende Führung des Proletariats nach links zu drücken, d. h. *aufrechtzuerhalten.* Ein besonders schlagendes Beispiel genau dieser Politik war der Streik der Hafenarbeiter im Sommer. Der Streik dieses sehr machtvollen Teils des Proletariats stellte die potenzielle Möglichkeit dar, den Ausbeutern einen wirklichen Schlag im Interesse der ganzen Arbeiterklasse zu versetzen. Als Lakaien der Kapitalisten innerhalb der Arbeiterbewegung hat die ver.di-Führung seit Kriegsbeginn den Kriegskurs der deutschen Bourgeoisie gegen Russland komplett unterstützt und oft sogar nach noch stärkeren Sanktionen gebrüllt. Auf der Basis genau dieses pro-imperialistischen Programms haben diese Gewerkschaftsführer den Hafenstreik so schnell es ging ausverkauft, angefangen

Trotzkisten kontra Reformisten

Die Covid-Pandemie war eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe für Arbeiter. Die Reaktion der Kapitalisten und ihrer damaligen Merkel-SPD-Regierung auf die Pandemie war es, die Arbeiterklasse durch Lockdowns über Monate zu Hause einzuschließen.

Pandemie

Millionen wurden in Kurzarbeit geschickt – oder gleich rausgeschmissen. Jede Facette sozialer Unterdrückung wurde verstärkt, während die Lebensbedindungen der Arbeiterklasse mit Lohnkürzungen, Überstunden usw. zerstört wurden.

Die Sozialdemokratie in SPD und Linkspartei (LP) und Gewerkschaftsführungen hat in Deutschland die zentrale Rolle gespielt, um diese Angriffe für die Bosse und gegen die Arbeiter durchzudrücken und die Arbeiter und Unterdrückten den kapitalistischen Ausbeutern unterzuordnen – alles im Namen der nationalen Einheit von „Leben retten". Dies war ein kompletter Verrat! Alle Reformisten haben in dieser Situation propagiert, dass es für Arbeiter nur genau eine „Alternative" gibt, nämlich die Lockdowns zu akzeptieren und „für alle" – d. h. für die Kapitalisten – Opfer zu bringen. Nein! Für die Arbeiterklasse war es absolut notwendig, zu kämpfen, um sich zu verteidigen: gegen die Lockdowns, für gewerkschaftliche Kontrolle über Arbeitssicherheit und für gesunde Schulen und Wohnungen für alle, sofort! In dieser akuten sozialen und Gesundheitskrise mussten Sozialisten den Kampf der Arbeiter für ihre sofortigen Interessen gegen die Kapitalisten organisieren und ihn mit dem Kampf verbinden, die Wurzel der Krise – die Herrschaft der Bourgeoisie – mit Stumpf und Stiel auszureißen und das Proletariat an die Macht zu bringen.

Stattdessen haben sich alle reformistischen Gruppen gegenseitig überboten und überschlagen, wer die härtesten Lockdowns fordern kann. Wenn die LP für einen „energischen Lockdown" argumentiert hat, dann haben die Reformisten wie die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) für die Lockdown-fanatische Kampagne „Zero Covid" mobilisiert. Und die ganze Linke war vereint und hat immer wieder als direkte Handlanger und Schlägertrupps der Regierung agiert, indem sie jeden Protest gegen die von der kapitalistischen Regierung oktroyierten Lockdowns als „rechts" und „reaktionär" beschimpft und versucht hat, diese Proteste auf der Straße aufzuhalten! Die Politik der Reformisten in der Pandemie war eine laute und klare Ansage, dass diese Gruppen, ob sie sich nun „sozialistisch", „revolutionär" oder beides nennen, Verräter an den Interessen der Arbeiter sind.

Diese reformistischen Gruppen sprechen gerne und oft davon, dass die Arbeiter Einheit brauchen. Ja, die Arbeiterklasse braucht Einheit *gegen* die Kapitalisten. Die Pandemie war ein schlagendes Beispiel für die dringende Notwendigkeit einer Klasseneinheit der Arbeiter im Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie und dafür, dass die Arbeiter in der Gesellschaft herrschen. Während die Sozialdemokraten in SPD und LP die Schlüsselrolle bei der Erzwingung und Durchsetzung der Lockdowns hatten, haben die Reformisten „vereint" für die Regierungsmaßnahmen und gegen jeden Kritiker mobilisiert. Das zeigt konkret: Die „Einheit", von der die reformistischen Gruppen sprechen, bedeutet Einheit mit den pro-kapitalistischen Arbeiterverrätern in SPD, LP und Gewerkschaftsführungen, d. h. Einheit mit der Bourgeoisie, und ist damit gegen die Interessen des Proletariats gerichtet. Die Arbeiterklasse braucht Klasseneinheit für den Kampf um ihre sofortigen Interessen – in der Gesundheitsfrage wie in jeder anderen Frage – und für die Errichtung ihrer eigenen Herrschaft. Dazu ist es unabdingbar, dass sie mit der falschen reformistischen Einheit bricht.■


SPARTACIST 4 Extrablatt April 2021

Nieder mit den Lockdowns!

Die Arbeiterklasse muss sich verteidigen

Miserable Gesundheitsversorgung, heruntergekommene Wohnungen, Produktion für Profit, imperialistische Vorherrschaft: Es liegt in der Natur der kapitalistischen Klassenherrschaft, dass sie die Wirtschafts- und Gesundheitskrise befeuert, von der die Welt seit dem Ausbruch von Covid-19 heimgesucht wird. Die parasitären Bourgeoisien haben auf die Pandemie mit den Mitteln reagiert, ...

prokapitalistischen Führer von Gewerkschaften und Arbeiterparteien loyal mit der herrschenden Klasse bei dieser Offensive zusammen. Sie verraten die Arbeiterklasse im Namen der nationalen Einheit und des Kampfes gegen das Virus.

Von den Labor-Parteien in Britannien und Australien über die Sozialdemokratische Partei und die Linkspartei in ...

Erklärung des
Internationalen Exekutivkomitees der
Internationalen Kommunistischen Liga
(Vierte Internationalisten), April 2021

Auf IKL-Website: icl-fi.org

Für eine revolutionäre Weltpartei!



Leo Trotzki

Wie Leo Trotzki, der zusammen mit W.I. Lenin die Oktoberrevolution 1917 in Russland führte, in Die Vierte Internationale und der Krieg *(1934) erklärte:*

Kampf gegen den Krieg setzt eine revolutionäre Kampfeswaffe voraus, d. h. die ***Partei***. Sie gibt es jetzt weder im nationalen noch im internationalen Maßstab. Die revolutionäre Partei ist zu schaffen, indem man sich auf die gesamte Erfahrung der Vergangenheit stützt, darunter auch auf die Erfahrung der Zweiten und der Dritten Internationale, Ablehnung des unmittelbaren und offenen Kampfes um die neue Internationale bedeutet bewusste oder unbewusste Unterstützung der zwei bestehenden Internationalen, von denen die eine aktiv den Krieg unterstützen wird, die andere aber die proletarische Vorhut nur zu zersetzen und zu schwächen vermag.

…

Im Lager der Arbeiterbewegung treiben sich nicht wenig Politiker herum, die wohl in Worten den Zusammenbruch der Zweiten und der Dritten Internationale anerkennen, aber gleichzeitig finden, ***„heute ist nicht die Zeit“, an den Aufbau der neuen Internationale zu schreiten.*** Solch eine Stellungnahme kennzeichnet nicht einen revolutionären Marxisten, sondern einen ausgelaugten Stalinisten oder enttäuschten Reformisten. Der revolutionäre Kampf duldet keine Unterbrechung. Die Umstände mögen ihm heute ungünstig sein; doch ein Revolutionär, der nicht gegen den Strom zu schwimmen versteht, ist kein Revolutionär. Zu sagen, der Aufbau der neuen Internationale sei „unzeitgemäß“, ist dasselbe wie den Klassenkampf und im Besonderen den Kampf gegen den Krieg für unzeitgemäß zu erklären. Die proletarische Politik kann nicht umhin, sich in der heutigen Epoche internationale Aufgaben zu stellen. Die internationalen Aufgaben können nicht umhin, den Zusammenschluss internationaler Kader zu heischen. Diese Arbeit kann man nicht um einen Tag aufschieben, ohne vor dem Imperialismus zu kapitulieren.

…

Unbestreitbar ist jedenfalls, dass in unserer Epoche tiefe Wurzeln im nationalen Boden allein die Organisation schlagen kann, die sich auf internationale Prinzipien stützt und dem Gefüge einer Weltpartei des Proletariats eingegliedert ist. ***Kampf gegen den Krieg bedeutet heute Kampf um die Vierte Internationale!***

mit dem dreckigen Deal („Vergleich“) am 14. Juli, mit dem sie einer „Friedenspflicht“ zustimmten.

Diese Situation stellte sehr scharf die Notwendigkeit, die Lehren aus diesem Kampf zu ziehen – allen voran die Unausweichlichkeit, mit der jetzigen pro-kapitalistischen Führung zu brechen und die berechtige Wut der Arbeiter für den Kampf zu mobilisieren, die aktuelle Führung durch eine revolutionäre Führung zu ***ersetzen***. Was aber war die Reaktion der reformistischen Gruppen? Genau zu dem Zeitpunkt, als die ver.di-Führer gerade dabei waren, den Ausverkauf des Streiks zu organisieren und den Arbeitern einen Streikverzicht reinzuwürgen, haben RIO und Co. eine Petition verbreitet, um ... die jetzige Führung zu bitten, sich gegen die Friedenspflicht zu stellen, und ein bisschen mehr zum Kämpfen zu bringen! Diese reformistischen Gruppen nennen sich „sozialistisch“, aber kämpfen nicht für eine sozialistische Führung! Im Gegenteil: Das Ergebnis ihrer Aktionen war, die Wut der Arbeiter in Hoffnungen auf die pro-kapitalistischen Führer zu kanalisieren und diese Verräter weiter im Sattel zu belassen. Und natürlich war das Resultat des abgewürgten Hafenstreiks eine bittere Niederlage: Festschreibung der Spaltung der Arbeiter in A/B/C-Betriebe, 24 Monate Laufzeit und eine reale Lohnkürzung.

Die Reformisten können von Sozialismus, militantem Klassenkampf und Revolution sprechen, die jetzige Führung in den Gewerkschaften kritisieren und sich gegen die „konzertierte Aktion“ stellen. Jedoch arbeiten die Reformisten ***gegen*** eine Spaltung von der aktuellen Führung der Arbeiterklasse und ordnen so die Arbeiter der Bourgeoisie unter.

Für ein revolutionäres Programm im Ukraine-Krieg!

Der Kampf für die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats ***muss*** einhergehen mit einem Kampf gegen den deutschen Imperialismus, der durch eine Niederlage Russlands und mit seinen Allianzen von NATO und EU die Ukraine, und damit die Arbeiter und Unterdrückten dort, direkt unterjochen will. Wir kämpfen für ein revolutionäres Programm im Krieg, d. h. den auf beiden Seiten reaktionären Krieg in der Ukraine in einen revolutionären Bürgerkrieg zu verwandeln. Dies muss mit dem Kampf verbunden werden für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution hier. Wir Kommunisten sagen ganz klar: ***Keine Unterstützung für die Ukraine! Nieder mit den Sanktionen gegen Russland! Ukrainische, russische Arbeiter: Dreht die Gewehre um!***

Außenministerin Baerbock hat als fanatische Transatlantikerin und Sprachrohr der deutschen Bourgeoisie deren aktuelle Politik klar auf den Punkt gebracht, als sie versprach, an der Seite der USA die Ukraine im Krieg zu unterstützen, komme was wolle und „egal, was meine deutschen Wähler denken“. Es ist nicht klar, wer die verrückte und abenteuerliche Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines ausgeführt hat, aber es ist klar, wer davon profitiert: die Kräfte in der amerikanischen und deutschen Bourgeoisie, die den deutschen Imperialismus noch stärker an die USA binden und jede Möglichkeit einer Wiederaufnahme von Gaslieferungen aus Russland unter allen Umständen unterbinden wollen.

Im Kontext der Pro-EU/NATO-Hysterie der Bourgeoisie und ihrer Handlanger in SPD, Gewerkschaftsführungen und Linkspartei sticht Wagenknecht mit ihrer Position gegen die Anti-Russland-Sanktionen als Regierungsopponentin heraus, während sie die Einheit mit den NATO-Unterstützern in der Linkspartei wie Gysi und Ramelow aufrechterhält. Weite Teile des Proletariats lehnen den Kriegskurs von EU/NATO gegen Russland ab. Mit der Vertiefung der ökonomischen Krise wird sich diese Wut auf die Regierung verschärfen.

Aber der ernste Wunsch der Arbeiter nach Frieden wird von Sozialdemokraten wie Lafontaine und Wagenknecht missbraucht, um den Arbeitern die Illusion einzutrichtern, eine unabhängigere Rolle des deutschen Imperialismus von den USA würde eine „friedlichere“ Politik bedeuten.

Wagenknecht hat Sorge, dass die Sanktionen gegen Russland die wirtschaftliche Stärke Deutschlands untergraben. Sicherlich tun sie das. Wagenknecht appelliert an die deutschen Kapitalisten, ihre Politik zu ändern, Nord Stream 2 zu öffnen und die Sanktionen aufzugeben. Ihre Position beruht auf dem vollkommen bürgerlichen Programm der Verteidigung des deutschen Kapitalismus. Auf dieser Basis hat sie in ihrer kürzlichen, viel beachteten Bundestagsrede die Scholzregierung angegriffen, weil diese nicht die Interessen der deutschen Industrie, sondern stattdessen eine Politik von „make America great again“ vertrete und deshalb viele deutsche Firmen in die USA auswanderten. Wagenknecht argumentiert, dass Deutschland ein Vasall der USA sei. Oder, wie Lafontaine es ausdrückt, Kanzler Scholz sei „Bidens Trottel“. Offensichtlich ist Deutschland der schwächere Partner in der Allianz mit den USA. Aber der deutsche Imperialismus als Vasall oder Trottel der USA?! Das ist eine dreiste nationalistische, anti-amerikanische Lüge, die einfach eine Verteidigung des deutschen Imperialismus ist – einer Weltmacht, die schon in zwei Weltkriegen versucht hat, nach der Weltherrschaft zu greifen.

Das grundlegende Problem der Arbeiter hier ist die Ausbeutung und Unterdrückung durch die ***deutsche Bourgeoisie*** und nicht, dass die deutschen Imperialisten schwächer sind als ihre amerikanischen Gangster-Kollegen. Ein Blick in die Geschichte macht außerdem klar: Eine von den USA unabhängigere Ausrichtung des deutschen Imperialismus wäre mitnichten eine „friedliche“ Alternative, sondern einfach ein anderer Weg für den deutschen Imperialismus, seine Ziele zu verfolgen. Die imperialistische deutsche Bourgeoisie ist reaktionär durch und durch. ***Jede*** Allianz des deutschen Imperialismus basiert auf seinen Interessen der Ausbeutung und Unterdrückung, ob nun mit den USA (wie aktuell), mit Italien und Japan (im Zweiten Weltkrieg), mit Russland (unter Bismarck in den 1870/80er-Jahren, zentral gerichtet gegen Frankreich) oder mit welchem Land auch immer.

Im Gegensatz zu Wagenknechts ***reformistischer*** Opposition gegen den Kriegskurs der Regierung stellen wir uns gegen die Sanktionen vom Klassenstandpunkt der Arbeiterinteressen ***gegen*** die deutsche Bourgeoisie. Wir rufen das Proletariat auf zu ***Arbeiteraktionen, um Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen*** und erklären: ***Die Gewerkschaften müssen die Nord-Stream-Pipelines und alle sanktionierten Anlagen beschlagnahmen, reparieren und in Betrieb nehmen! Lasst russisches Gas und Öl rein!*** Dies sind notwendige Maßnahmen für die Arbeiterklasse, die einen politischen Kampf erfordern: nicht nur gegen die Pro-EU/NATO-Stiefellecker der Imperialisten in den Gewerkschaftsführungen, sondern noch viel mehr gegen die Pazifisten wie Wagenknecht, die ihre Opposition zur NATO aufrechterhalten und die Arbeiter einlullen wollen mit Märchen über einen potenziell „friedlichen“ deutschen Imperialismus.

Für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!

Wir Kommunisten stehen für ***revolutionäre*** Opposition gegen den deutschen Imperialismus, gegen alle Sanktionen und, als Teil unserer prinzipiellen, revolutionären Opposition gegen alle imperialistischen Allianzen, gegen EU und NATO. Das erfordert einen Kampf für den Sturz des deutschen Imperialismus, den Hauptfeind der Arbeiterklasse in Deutschland, durch Arbeiterrevolution. Dies muss Hand in Hand gehen mit dem Kampf gegen die vom deutschen Imperialismus mithilfe der EU durchgedrückten Angriffe auf die Arbeiter in ganz Europa – wie z.B. Privatisierungen und Rentenkahlschlag – als Teil einer internationalen revolutionären Perspektive. In dieser Krise verstärken insbesondere die deutschen Imperialisten die Erdrosselung der abhängigen und unterdrückten Länder durch Schulden. ***Für die sofortige Streichung aller durch die Imperialisten über EU, UNO und IWF aufgezwungenen Schulden! Nieder mit der EU und dem Euro! Nieder mit der NATO! Für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa, freiwillig vereinigt!*** ■

Bilanz…

Fortsetzung von Seite 28

Arbeiterbewegung und Linken haben. Seit dem 1. Mai haben wir eine Kampagne geführt und unsere Linie in der Linken bekannt gemacht. Unsere Kampagne hat sich auch in qualitativ höheren Verkaufszahlen unserer Propaganda gezeigt. Weil wir die einzig fortschrittliche Antwort gegen die Pro-NATO-Offensive und auf die Krise der Linken gegeben haben, waren alle linken Organisationen gezwungen, Position zu beziehen. Und das haben sie: ***Alle*** haben sich ***gegen*** unseren Kampf gestellt.

Man muss kein Revolutionär sein, um diese Forderung zu unterstützen. Doch nur wir Revolutionäre haben dafür gekämpft. Es ist eine politische Bankrotterklärung für die gesamte reformistische Linke, dass sie unsere Forderung abgelehnt hat. Sie können noch so viele Worte gegen die NATO richten: ***Als es darauf ankam***, sich gegen die NATO-Offensive im Ukraine-Krieg zu stellen, haben sie kapituliert und sich als Arbeiterverräter und Kriecher vor dem deutschen Imperialismus entlarvt. Sie stehen für die Einheit mit den SPD-, Linkspartei- und Gewerkschaftsführern, die im Ukraine-Krieg offen die Seite der deutschen Bourgeoisie einnehmen und jede Konfrontation mit dieser verhindern wollen. Diese von ihnen propagierte Einheit stärkt und erhält den Einfluss der Handlanger der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung.

Die Kapitulation der reformistischen Linken kommt für uns nicht überraschend, sondern resultiert direkt aus ihrem pazifistischen Programm. Wie wir in *Spartakist* Nr. 224 (Frühjahr 2022) erklärten, führt dieses „notwendigerweise dazu, vor den EU/NATO-Unterstützern zu kapitulieren. So gaukeln sie immer wieder vor, man könne auf der Seite der blau-gelben Fahnenschwenker und gleichzeitig gegen Waffenlieferungen an die Ukraine sein. Zwischen der Unterstützung des Imperialismus via NATO und EU und dem Programm für eine sozialistische Revolution gibt es keinen Mittelweg."

Wir Trotzkisten kämpfen für den einzigen fortschrittlichen Weg aus dem Krieg zwischen der Ukraine und Russland. Wir sagen: „***Ukrainische, russische Arbeiter: Dreht die Gewehre um!***", und kämpfen für die Umwandlung dieses auf beiden Seiten reaktionären Krieges in einen revolutionären Bürgerkrieg, in dem die Arbeiter für den Sturz ihrer ***eigenen*** Bourgeoisie kämpfen. Ein Sieg der ukrainischen Regierung, der Handlanger der Imperialisten, würde nur verstärkte imperialistische Unterjochung durch NATO und EU bedeuten – und damit freie Bahn für das deutsche Finanzkapital. Ein Sieg Russlands würde nichts Besseres bedeuten, sondern die ukrainische Nation der russischen Unterdrückung ausliefern. Ein Großteil der Linken unterstützt direkt das Hauptkriegsziel der NATO: die Niederlage Russlands. Auch die Pazifisten, die eine offene Unterstützung der NATO oder Waffenlieferungen ablehnen, stehen durch ihre „Solidarität mit der Ukraine" und Einheit mit den EU/NATO-Unterstützern im Lager des deutschen Imperialismus.

Die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), hat sich der Aufgabe verpflichtet, für die Schmiedung eines revolutionären Pols gegen den deutschen Imperialismus zu kämpfen, den Kern einer revolutionären Partei und Führung der Arbeiterklasse. Unsere Kampagne hat gezeigt, dass nicht die offenen Kriegstreiber und Unterstützer von EU/NATO, sondern die pazifistischen Versöhnler und Einheitsapostel dafür das größte Hindernis sind. Deshalb ist es dringend notwendig, für den Bruch der Arbeiterklasse von diesen Arbeiterverrätern zu kämpfen – von den offenen Sozialchauvinisten ***und*** den Pazifisten. ***Die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Führung!***

Alle Arbeiter und Jugendlichen, die wirklich gegen den deutschen Imperialismus kämpfen wollen, müssen sich mit den Lehren unserer Kampagne auseinandersetzen, die wir im Folgenden dokumentieren.

„Antikriegsbündnis" … mit NATO-Kriegstreibern

Ein Paradebeispiel für das Agieren der reformistischen Linken im Ukraine-Krieg war die „Berliner Kampagne gegen Krieg und Aufrüstung", ins Leben gerufen von den pseudotrotzkistischen Organisationen marx21, Sozialistische Alternative (SAV), Sozialistische Organisation Solidarität (Sol), Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) und Gruppe ArbeiterInnenmacht (GAM). Am 6. Mai gab es ein Bündnistreffen, um eine Demo gegen den 100-Milliarden-Aufrüstungsetat der Regierung zu organisieren.

Die zentrale Forderung des Bündnisses ist der Kampf gegen Aufrüstung. In unserer Intervention beim Bündnistreffen machten wir deutlich, dass die pazifistische Forderung des Bündnisses bewusst gewählt ist, um akzeptabel für die Pro-NATO-Führer der Gewerkschaften und jeden Sozialdemokraten links von Olaf Scholz zu sein und die politische Spaltung von den Agenten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung zu verhindern (siehe Box auf Seite 23). Wie wir in *Spartakist* Nr. 224 erklärten:

> „Die Kampagne für Abrüstung ist eine Kampagne für ein anderes Finanzbudget des deutschen Imperialismus. Kann so Krieg verhindert werden? Nein, offensichtlich nicht. Beide Weltkriege sind nicht wegen Aufrüstung der imperialistischen Mächte ausgebrochen, sondern wegen der im kapitalistischen System unüberbrückbaren Widersprüche. Imperialismus ist nicht einfach eine reaktionäre Politik von Aufrüstung und



@arbeiterInnenmacht

Berlin, 9. April: Reformisten entstellen Luxemburg und Liebknecht, um militärischen Sieg von NATO-Handlanger Ukraine zu unterstützen

Militärinterventionen, die im Rahmen des Kapitalismus durch eine bessere, progressivere Politik (z.B. Finanzierung von Bildung) ersetzt werden kann."

Die Behauptung, dass der imperialistische Krieg durch Abrüstung verhindert werden könnte, ist nicht nur utopisch, sondern reaktionär.

In der folgenden Diskussion hat die versammelte Mannschaft der Pseudotrotzkisten sich auch vollkommen ***selbst entlarvt***. Jeder weiß, dass die Gewerkschaftsbonzen Fahimi, Hoffmann und Co. voll hinter dem NATO-Kriegskurs der Regierung stehen und jeden Piep an Kritik gegen die NATO sofort abschießen würden. Was war die Reaktion der Reformisten? Alle Organisatoren des Treffens, u.a. marx21, RIO und GAM, argumentierten explizit, man müsse jede Opposition gegen die NATO im Demo-Aufruf verbannen, damit dieser ***akzeptabel für die Führung der Gewerkschaften*** sei und sie sich dem Bündnis anschließen könne! All dies zeigt klar: Diese selbsternannten „Anti-Imperialisten" wollen mit ihrer Kampagne gegen Aufrüstung den notwendigen Kampf gegen die Pro-NATO-Führung der Arbeiterklasse verhindern. Dumm nur für RIO und Co., dass die NATO-Unterstützer im Ukraine-Krieg an einer Einheit mit den pazifistischen Eiertanz-Linken nicht interessiert sind. Und so endete die angestrebte Massendemo am 29. Mai als Auflauf der üblichen verdächtigen Linken. Verrat zahlt sich eben nicht aus.

Im Gegensatz zu marx21, SAV und Sol, die tief in der Linkspartei vergraben sind, fordert RIO einen „revolutionären Bruch" mit der Linkspartei und ihrer Jugendorganisation Solid. Die Frage ist: ***Auf welcher programmatischen Basis*** kämpfen sie für einen Bruch von der Linkspartei? Was soll das für eine revolutionäre Partei sein, die den Kampf gegen die EU/NATO-Unterstützer ablehnt und im Gegenteil mit diesen eine pazifistische Abrüstungskampagne aufbauen will? Die im Gleichschritt mit dem deutschen Imperialismus „Solidarität mit der Ukraine" predigt und den Abzug der russischen Truppen fordert? Richtig, ***keine*** revolutionäre Partei, sondern nur eine etwas linkere Version der Linkspartei. Eine solche Partei kann nur die Rolle spielen, wie RIO es jetzt tut, mit linker Rhetorik die Spaltung von der sozialdemokratischen Führung zu ***verhindern*** und die Wut der Arbeiter wieder hinter die verräterische Führung zu kanalisieren, und ist somit nur ein weiteres ***Hindernis*** für die Revolution.

Marx21: Entstellung von Liebknecht im Dienst des deutschen Imperialismus

Ein Charakteristikum der Linken in Deutschland ist, dass sie ihre reformistischen Positionen unter dem Deckmantel der revolutionären Spartakisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbreiten. Ein typisches Beispiel war auf dem Kongress „Marx is Muss" (3.-6. Juni) von marx21 zu beobachten. Es waren wir Spartakisten, die den Kongress entlang einer revolutionären Linie gegen den Imperialismus polarisierten und der reformistischen Entstellung von Liebknecht zum zahnlosen Pazifisten entgegentraten. Wir intervenierten beim Kongress gegen die Linie von marx21 und erklärten, warum unsere revolutionär-defätistische Position im Ukraine-Krieg, die marx21 ***ablehnt***, in der Tradition der Bolschewiki und Liebknechts steht.

In direkter Antwort auf unsere Interventionen richtete sich die marx21-Sprecherin Stefanie Haenisch am dritten Kongresstag gegen das Programm von uns Spartakisten. Haenisch begann ihre Rede mit einer offensiven Verteidigung der marx21-Position für die Niederlage Russlands. Sie sprach davon, dass der Krieg auf Seiten der Ukraine ein „Teil Volkskrieg" gegen Russland sei, so als sei dies ein Krieg zur nationalen Selbstverteidigung der Ukraine. Diese Rhetorik dient nur dazu, das Kriegsziel des deutschen

Spartakist-Intervention beim Bündnistreffen

Nachfolgend drucken wir unsere leicht redigierte Intervention auf dem Bündnistreffen der „Berliner Kampagne gegen Krieg und Aufrüstung" vom 6. Mai 2022 ab:

Wir Spartakisten sagen: Es ist notwendig, die berechtigte Wut der Arbeiter und Unterdrückten über die Aufrüstung des deutschen Imperialismus in eine ***revolutionäre*** Richtung zu lenken, d.h. klarzumachen: Der einzige Weg, wie der deutsche Imperialismus entwaffnet werden kann, ist die sozialistische Revolution. Eure „Kampagne gegen Krieg und Aufrüstung" stellt sich offen gegen diese revolutionäre Perspektive: Im ganzen Aufruf wird vom „Kampf gegen Krieg und Aufrüstung" gesprochen ***ohne ein einziges Wort von Revolution!*** Das täuscht die Arbeiter, es könne einen gerechten und dauernden Frieden ohne Sturz des Imperialismus geben, und nützt so den deutschen Kapitalisten, da es die Arbeiter von der Revolution abhält.

Der aktuelle Krieg macht es sehr konkret: Wir brauchen dringend eine politische Spaltung von den Agenten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung. Wir Spartakisten sagen: ***Schmeißt EU/NATO-Unterstützer aus der Linken!***, um diese Spaltung voranzutreiben. Genau im Gegensatz dazu zielt eure „Kampagne gegen Krieg und Aufrüstung" darauf ab, diese ***Spaltung zu verhindern***. Deshalb erhebt ihr als eine Hauptforderung „Nein zu dem 100 Milliarden Euro Sonderhaushalt": Das ist keine, wie ihr sagt, „klassenkämpferische und anti-imperialistische" Losung, sondern eine Losung, die bewusst gewählt ist, um ***akzeptabel*** zu sein für jeden Sozialdemokraten links von Scholz, inklusive der offenen Stiefellecker der NATO wie Gysi, DGB-Chef Hoffmann und Co.

Eure Einheit mit den Sozialchauvinisten ist dem einzigen fortschrittlichen Ausweg aus dem Krieg zwischen der Ukraine und Russland komplett entgegengesetzt. Wir Kommunisten kämpfen dafür, diesen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg zu verwandeln, um die Kapitalisten in Russland und der Ukraine zu stürzen. Wir sagen zu den Soldaten und Arbeitern in der Ukraine und Russland: ***Dreht die Gewehre um*** gegen eure Ausbeuter! Das bedeutet in Deutschland, einen Kampf zu führen für Arbeiterrevolution gegen den deutschen Imperialismus.

Der aktuelle Krieg ist eine Fortsetzung des Kampfes in den letzten Jahren darum, wer die Ukraine kontrolliert und ausbeutet – die Imperialisten von NATO und EU oder die russischen Kapitalisten. Eine revolutionäre Bewegung gegen den Krieg muss sich gegen die Ziele des deutschen Imperialismus in diesem Krieg stellen. Die deutsche Regierung, genau wie von der Leyen von der EU, erklärt klar und offen, dass ihr Ziel eine russische Niederlage ist. Euer Bündnis fordert den „Abzug der russischen Truppen" – genau das ***Hauptziel des deutschen Imperialismus!*** Offensichtlich kann der „Abzug der russischen Truppen" nur durch eine militärische Niederlage Russlands Wirklichkeit werden – was die Unterjochung der Ukraine unter EU/NATO und damit unter das deutsche Finanzkapital zementieren würde. Eure Position bedeutet, die sogenannte „friedliche" Ausbeutung der Ukraine durch das deutsche Finanzkapital via die EU vorzuziehen gegenüber der Ausbeutung durch die russischen Kapitalisten.

Imperialismus – den Sieg der Ukraine – zu unterstützen. Mit unglaublicher Chuzpe tischte Haenisch die Lüge auf, dass die Position von marx21 in der Tradition Liebknechts stünde! Sie zitierte Liebknechts historisches Flugblatt vom Mai 1915, in dem er für „internationalen proletarischen Klassenkampf“ agitiert und erklärt, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht … um zu behaupten, dass dies in vollem Einklang mit der Linie von marx21 für Abrüstung steht. Im gleichen Atemzug lehnte sie die zentrale Schlussfolgerung von Liebknecht und uns Spartakisten ab – dass die Arbeiter die Gewehre auf ihre ***eigenen*** Kapitalisten richten sollen und ein revolutionärer Bürgerkrieg notwendig ist – und bezeichnete diese als „lächerlich“.

Eine Spartakist-Genossin intervenierte daraufhin in die Diskussion und erklärte, dass die Position von marx21 genau das ***Gegenteil*** der Position Liebknechts ist: Im Ersten Weltkrieg rief er die Arbeiterklasse in Deutschland niemals dazu auf, gegen die Russen zu schießen, sondern kämpfte für den Sturz des ***deutschen*** Imperialismus. Wie Lenin unterstrich, „nur die Umkehrung der Waffen gegen die ***eigene*** Bourgeoisie kann den Aufgaben des Proletariats entsprechen und mit der Losung der besten Vertreter des Internationalismus, z. B. Karl Liebknechts, im Einklang stehen“ (*Lenin Werke* Band 23, „Die Aufgaben der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten) in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“, 1916).

Offener Brief der Spartakisten an die Linke: Reformisten lehnen Debatte ab

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands erklärte in einer Einladung (2. Juni) an zahlreiche linke Organisationen zu einer offenen Debatte mit dem Thema: „Krieg in der Ukraine, deutscher Imperialismus und die Krise in der Linken: Welcher Weg vorwärts für Revolutionäre?“:

> „Der Krieg in der Ukraine und der damit verbundene Schwenk der deutschen Bourgeoisie haben in der Linken zu einer gewaltigen Krise geführt. Es ist dringend notwendig, eine revolutionäre Antwort auf die Offensive der offenen, pro-EU/NATO-Agenten für den Imperialismus zu geben.
>
> Das muss jetzt angegangen werden. Deshalb schlagen wir eine offene Debatte vor und richten uns an alle in der Linken, die es ebenfalls als zentrale Aufgabe für Revolutionäre sehen, Klarheit zu schaffen über den Ukrainekrieg, den deutschen Imperialismus und die Krise der Linken.“

Keine reformistische Organisation hatte den Mumm, diese Einladung zu einer offenen Debatte anzunehmen. Die Internationalistische Gruppe (IG) wollte der Teilnahme an der Debatte nur zustimmen, wenn sie noch von einer weiteren linken Organisation unterstützt würde. Das verwundert uns nicht, denn sie hatte bereits auf unserer öffentlichen Veranstaltung im Mai eine klare Position gegen unsere Kampagne bezogen. (Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem antirevolutionären Opportunismus der IG siehe Artikel auf Seite 5.)

Die Pazifisten wollen diese Fragen nicht nur nicht mit uns Spartakisten debattieren – sie versuchen auch krampfhaft, diese Debatte in ihren eigenen Organisationen und der ganzen Linken zu verhindern, um ihre Kapitulation vor den offenen Unterstützern des Imperialismus ungehindert weiterzuführen. Ein schlagendes Beispiel hierfür war die „Antikriegskonferenz“ am 23. April in Frankfurt/Main, die von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Jugendorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), organisiert wurde. Die Führung der Gewerkschaft ver.di mit ihrer offenen Pro-NATO-Ausrichtung hatte ihrer Jugendorganisation ***verboten***, zu dieser zahmen pazifistischen Konferenz auch nur aufzurufen (es könnte ja leise Kritik an der NATO geben …), und sogar damit gedroht, ihnen den kapitalistischen Staat – dieses Gewaltinstrument der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft – auf den Hals zu hetzen! Die Antwort der SDAJ? In einem Deal mit den anwesenden Führern von Linkspartei und ver.di

Schmeißt die EU/NATO-Unterstützer raus!

Vorschlag für Initiativantrag beim LINKE-Parteitag

Den nachfolgenden Vorschlag vom 22. Juni für einen Initiativantrag verteilten Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei beim Erfurter Parteitag der Linkspartei (24. bis 26. Juni). Obwohl der Antrag breite Beachtung fand, unterstützte kein Delegierter – auch keiner der sogenannten Revolutionäre – den Vorschlag, die offenen Unterstützer des deutschen Imperialismus aus der Linkspartei zu schmeißen.

Im Kontext des Ukrainekriegs wollen die deutschen Kapitalisten jeden noch so kleinen Mucks gegen die NATO unterdrücken. Im Windschatten der Bourgeoisie sind die offenen Stiefellecker der EU und NATO innerhalb der Linkspartei – wie Gysi und Ramelow – in der Offensive: Sie kämpfen dafür, jeden, der nicht auf ihre Linie einschwenkt und der EU und NATO ewige Treue schwören will, aus dem Weg zu räumen.

Was war bisher die Antwort innerhalb der Linkspartei auf diese Offensive der offenen EU/NATO-Unterstützer? Ob nun Wagenknecht oder Strömungen wie die Antikapitalistische Linke oder Sozialistische Linke: alle gehen dem Kampf aus dem Weg und versuchen die Einheit mit den offenen Pro-Imperialisten aufrechtzuerhalten. So gibt auch keiner ihrer Anträge oder Änderungsanträge für den Parteitag eine Antwort auf die reaktionäre Offensive. Wir haben eine Antwort.

Antrag:

> Mit sofortiger Wirkung werden die EU/NATO-Unterstützer wie Gregor Gysi, Bodo Ramelow, Caren Lay, Susanne Hennig-Wellsow, Christiane Schneider, Jan van Aken und alle anderen, die fordern die EU und NATO zu unterstützen, aus der Partei DIE LINKE rausgeschmissen.

Es ist jetzt dringend notwendig, dafür zu kämpfen! Wir schlagen jedem Delegierten der Linkspartei vor, der sich gegen den deutschen Imperialismus und seine offenen Handlanger in der Linken stellen will, diesen Initiativantrag zu unterstützen und ihn beim Parteitag zur Abstimmung zu stellen.

Man muss kein Kommunist sein, um zu unterstützen, dass diese Pro-Imperialisten aus der Arbeiterbewegung geschmissen werden. Aber alle die, die von sich behaupten, sie wären „Revolutionäre“, und sich gegen diese Maßnahme elementarer politischer Hygiene für die Arbeiterklasse stellen, sind nichts als Betrüger und Verräter.



ZUMA

Erfurt, 24. Juni: NATO-Lakai Ramelow wütet gegen Spartakist-Forderung, „dass Leute wie ich aus der Partei ausgeschlossen werden sollen“

verfügte sie, dass der Krieg in der Ukraine in der Diskussion und ihrer reformistischen Resolution ***keine*** Erwähnung finden dürfte! Alles nur, damit die zentrale Pro-NATO/EU-Führung nicht verprellt wird. Ihre Botschaft an Jugendliche und Arbeiter ist klar: Klappe halten und sich weiter der verräterischen Führung unterordnen!

Seit Ausbruch des Krieges verfolgen die Reformisten konsequent diese Linie: Anstelle von politischer Klärung im Interesse des Proletariats betreiben sie das Verwischen der Unterschiede und Differenzen der verschiedenen Positionen. Ein klarer Kampf gegen die NATO, die deutsche Regierung und die ukrainische Selenskyj-Regierung, die am Tropf der Imperialisten hängt, würde die traute Eintracht der Pazifisten mit den offenen Sozialchauvinisten sofort zum Explodieren bringen – und genau das ist der Grund, warum diese hoffnungslosen Einheitsapostel den Vorschlag für eine offene Debatte mit uns Spartakisten um jeden Preis verhindern wollen.

Spartakist-Intervention beim Erfurter Parteitag der Linkspartei

Für den Erfurter Parteitag der Linkspartei (vom 24. bis zum 26. Juni) hatten wir Spartakisten einen Vorschlag für einen Initiativantrag als Flugblatt vorbereitet, den wir sehr breit an die ankommenden Delegierten in Erfurt verteilten und der am Wochenende unter allen Delegierten bekannt war. Ganz einfach und klar: Alle Unterstützer von EU/NATO, allen voran Gregor Gysi und Bodo Ramelow, werden mit sofortiger Wirkung aus der Partei DIE LINKE rausgeschmissen (siehe Box auf Seite 24). Es gab einige Delegierte, die uns gegenüber zum Ausdruck brachten, dass ihr „Herz mit dem Vorschlag ist“ und sie den vorgeschlagenen Initiativantrag „eigentlich richtig finden“ … nur um dann verschiedene Erklärungen zu bringen, warum sie trotzdem nicht dafür kämpfen wollten! An allererster Stelle stand für sie, dass dieser Antrag die ***Einheit*** der Linkspartei sprengen würde. Gerade jetzt, wo die Linkspartei so am Boden liege, müsse doch die Einheit verteidigt werden. Bloß keine Spaltung!

In der Tat: Ein Kampf, wie wir ihn vorgeschlagen haben, hätte wohl zur Spaltung der Linkspartei geführt. Diese Spaltung wäre nicht ***unsere*** Spaltung gewesen. Wir kämpfen für die Spaltung der Linkspartei (wie auch der gesamten reformistischen Linken) anhand der Linie: Reform kontra Revolution. Wagenknecht ist zwar ebenso wie die NATO-Unterstützer Gysi und Ramelow nationalistisch und sozialchauvinistisch, aber gilt im Kontext des Ukraine-Krieges nicht nur als prominenteste linke Kritikerin der Linksparteiführung, sondern auch der deutschen Regierung und ihres Kriegskurses gegen Russland. Das macht sie in weiten Teilen der Arbeiterklasse populär. Wenn Wagenknecht und Co. an der Spitze der Linkspartei stünden und sich nicht mehr hinter den NATO-Unterstützern verstecken könnten, würde das uns Revolutionären erleichtern, den Bankrott ihres pazifistischen Programms vor der Arbeiterklasse zu entlarven. Das Ziel ist, die Arbeiterbasis der Linkspartei für die Revolution zu gewinnen, also sowohl von den Rechten wie Ramelow als auch von den Linken wie Wagenknecht abzuspalten, hin zum Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei.

Gegen das Festhalten aller Delegierten an der Einheit mit den EU/NATO-Unterstützern hat unser zugespitzter Vorschlag, den wir auch auf einem Banner vor dem Parteitag hatten, eine klare Linie gezogen. Wie das *Neue Deutschland* in einem Artikel über den Parteitag mit Hinweis auf „das Transparent einer linken Splittergruppe“ erklärte: „Schon bei der Ankunft der Parteitagsbesucher am Erfurter Messegelände ist klar, was die Stunde geschlagen hat“ (*Neues Deutschland*, „Die Waffen der Friedlichkeit“, 25. Juni). Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen und oberster NATO-Stiefellecker, fühlte sich so auch genötigt, in seiner Rede, in der er seine pro-imperialistische Linie offensiv verteidigte, auf das Banner der Spartakisten vor dem Parteitag einzugehen, wonach „Leute wie ich aus der Partei ausgeschlossen werden sollen“.

Während die zartbesaiteten reformistischen Strömungen in der Linkspartei durch freundliche und etwas verschämte Kritikchen glänzten, die den EU/NATO-Unterstützern bloß kein Haar krümmen sollten, haben wir Spartakisten als einzige dieses Spiel nicht mitgemacht – was auch die bürgerliche Presse wohl oder übel anerkennen musste: „Die Spartakisten sind nicht zimperlich. Schon morgens haben sie sich an der Straßenkreuzung vor der Messe Erfurt mit einer radikalen Forderung an die Delegierten des Linke-Bundesparteitages aufgebaut: ‚Schmeißt die EU/Nato-Unterstützer raus!‘ Demnach sollten Gregor Gysi, Bodo Ramelow oder Susanne Hennig-Wellsow aus der Partei ausgeschlossen werden“ (*RP Online*, 25. Juni).

Die Führung um (Ex-)marx21-Unterstützerin Janine Wissler hat schließlich ihre Linie durchgesetzt: einerseits unmissverständliche Einreihung in die „Solidarität mit der Ukraine“, scharfe Verurteilung Russlands und Kaltstellung des Wagenknecht-Flügels, andererseits keine vollständige Entsorgung ihrer pazifistischen Forderung nach einer Auflösung der NATO und keine Übernahme der offenen Pro-NATO-Positionen von Gysi, Ramelow und Co. Während die Partei in direkter Unterstützung des deutschen Imperialismus die Sanktionen gegen Russland billigt (was sie den Arbeitern unterjubeln wollen, indem sie Sanktionen gegen russische Oligarchen fordern), hat sie sich aber nicht für Waffenlieferungen ausgesprochen. Es bleibt also in gewisser Weise beim Drahtseilakt zwischen Unterstützung für die Ukraine – und damit das Kriegsziel des deutschen Imperialismus – und der althergebrachten Opposition gegen die NATO.

Auch wenn nicht jede Pro-NATO-Position Ramelows übernommen wurde, hat dieser in seiner Rede auf dem Parteitag die Dienste von Wissler gewürdigt: „Liebe Janine, danke. Es war eine so großartige Rede!“ Die Position von Wissler – mit den „Revolutionären“ von marx21 und den „Bewegungslinken“ im Rücken – „die Linke zusammenzuhalten“, bedeutet ***Unterordnung*** unter die offenen Unterstützer der NATO, sonst nichts. Um diesen Verrat abzudecken, betonte Wissler in ihrer Rede, dass man jetzt gemeinsam für „soziale Gerechtigkeit“ kämpfen solle.

Die Zusammenfassung des Parteitags ist einfach: Jede Gruppe von selbsternannten „Revolutionären“ in der Linkspartei kannte unseren Antrag und hat es bewusst ***abgelehnt***, den Kampf gegen die offenen Unterstützer des Imperialismus in der Linkspartei aufzunehmen. Wie wir in der Begründung unseres Antrags erklärten:

> „Man muss kein Kommunist sein, um zu unterstützen, dass diese Pro-Imperialisten aus der Arbeiterbewegung geschmissen werden. Aber alle die, die von sich behaupten, sie wären ‚Revolutionäre‘, und sich gegen diese Maßnahme elementarer politischer Hygiene für die Arbeiterklasse stellen, sind nichts als Betrüger und Verräter.“ (Vorschlag für Initiativantrag, 22. Juni)

Kann es eine passendere Charakterisierung der reformistischen Linken in Deutschland geben? So hat der Parteitag der Linkspartei an einem Wochenende in konzentrierter Form die Situation in der gesamten Linken widergespiegelt – die Spartakisten mit der einzigen fortschrittlichen Antwort weit und breit und für den Aufbau einer revolutionären Partei im direkten politischen Kampf gegen die Pazifisten, die auf ganzer Linie vor den offenen Pro-Imperialisten kapitulierten.

DKP und KO für Einheit mit NATO-Unterstützern

Die Stalinisten der DKP und der Kommunistischen Organisation (KO) könnten gegenüber dem Rest der Linken als anti-imperialistische Alternative erscheinen, weil sie gegen den NATO-Kriegskurs auftreten und sich überwiegend nicht in die „Solidarität mit der Ukraine“ einreihen.

Wie alle anderen Linken hat auch die DKP es abgelehnt, die EU/NATO-Unterstützer in ihren Reihen rauszuschmeißen. Wie der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele in *unsere zeit* (*UZ*) vom 15. April offen erklärte: „Die Bandbreite der Meinungen in unserer Partei ist groß“, von Unterstützung für die reaktionäre ukrainische Regierung, die Handlanger der Imperialisten, bis zur Unterstützung des reaktionären russischen Krieges. Wie die *UZ* vom 20. Mai schreibt: „Uneinigkeit gibt es über den Charakter des Krieges, seine völkerrechtliche Bewertung und letztlich die Frage, ob der russische Angriff zu verurteilen ist oder nicht. Der Initiativantrag des Parteivorstandes [für den Online-Parteitag der DKP vom 22. Mai] schlägt in diesem Teil einen Kompromiss vor“. Der Inhalt dieses Kompromisses: breitestmögliche pazifistische Einheit gegen Aufrüstung.

Auf der Eröffnungsveranstaltung beim UZ-Pressefest (27./28. August) erklärte Köbele, man müsse auch den SPD-Arbeiter abholen, um gemeinsam gegen die NATO zu demonstrieren. Wir Revolutionäre sind dafür, die Arbeiter gegen die NATO zu mobilisieren. Aber was macht die DKP in Wirklichkeit? Ihr pazifistisches Programm führt sie dazu, die Einheit mit den EU/NATO-Unterstützern in der Linken auf Teufel komm raus aufrechtzuerhalten. Damit ordnet sie die SPD-Arbeiter politisch den Interessen des deutschen Imperialismus unter. Die DKP will „Soziales und Frieden zusammenbringen“ – und an der Seite der Pro-NATO-Führer von Linkspartei und Gewerkschaften marschieren. Auf dieser Grundlage gibt es für die Arbeiterklasse ***nichts*** zu gewinnen, weder Frieden noch Soziales.

Wie der Rest der Linken lehnt auch die DKP es ab, die Arbeiter in Deutschland, Russland und der Ukraine für das leninistische Programm der sozialistischen Revolution zu gewinnen – der einzige Weg, wie der Imperialismus gestürzt werden kann. In derselben Veranstaltung haben wir gegen den Pazifismus der DKP interveniert und die leninistische Position des revolutionären Defätismus im Ukraine-Krieg verteidigt. Wir erklärten, dass es genauso reaktionär ist, eine Seite mit Russland zu beziehen – was weite Teile der DKP tun – wie mit der Ukraine. Russland ist zwar nicht imperialistisch, aber führt einen reaktionären Krieg in der Ukraine. Es kämpft dort nicht gegen die Imperialisten, sondern gegen die ukrainische Regierung und will den imperialistischen Stiefel durch die eigene Peitsche ersetzen. Als Linker in den imperialistischen Zentren auf einen Sieg der russischen Armee zu setzen, ist nichts anderes als eine demoralisierte Kapitulation vor dem Imperialismus, die aus der Weigerung resultiert, die Arbeiterklasse gegen die eigene Bourgeoisie zu mobilisieren.

Der pazifistische Friedensschwindel der DKP, ihre Ablehnung der Revolution, ihre Weigerung, von den NATO-Unterstützern zu brechen, gehen Hand in Hand. Was Lenin gegen die Kautskyaner erklärte, gilt heute genauso für die DKP:

> „Der offene Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bunde mit den Regierungen ... Die verdeckten Opportunisten,



Liebknecht gegen Einheitsapostel


DHM

In direktem Gegensatz zu unserem Programm für eine Spaltung von den Sozialchauvinisten verbreiten die linken Reformisten in direkter Tradition Karl Kautskys die Lüge, dass eine Spaltung nur der rechten Führung helfen würde. Im Gegenteil! Wie Karl Liebknecht kurz vor der endgültigen Spaltung mit den Kautskyanern und der Gründung der KPD erklärte:

> „Einigkeit! Wer könnte sie mehr ersehnen und erstreben als wir. Einigkeit, die das Proletariat stark macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission. Aber nicht jede ‚Einigkeit' macht stark. Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage…
>
> Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klares Klassenbewusstsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, zielsichere Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können. Zerstreuung des Einigkeitsphrasennebels, Bloßstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot – heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus." (Karl Liebknecht, „Der neue Burgfrieden", 19. November 1918)

die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bundes und der ‚Einigkeit' mit den ersteren durch wohlklingende ‚marxistische' Worte und ‚Friedens'-losungen verdecken und plausibel machen." (*Lenin Werke* Band 23, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", 1916)

Und die KO? Über den Charakter des Krieges ist sie heillos zerstritten – zwischen zwei gleichermaßen antirevolutionären Positionen: Der eine Flügel erklärt, dass Russland einen „gerechten" oder „Verteidigungskrieg" führe, während der andere von russischem Imperialismus schwadroniert. Im aktuellen Krieg müssten also diejenigen, die die Seite der ukrainischen Regierung unterstützen oder den „russischen Imperialismus" verurteilen, und diejenigen, die für den Sieg der russischen Armee sind, auf unterschiedlichen Seiten der Barrikaden stehen und aufeinander schießen! Die KO-Führung erklärte im April, dass sie ihre Differenzen über den Charakter des Krieges auf ihrem Kommunismus-Kongress im September klären will. Was hat sie bis dahin getan? Wie der Rest der Linken an der Seite der Gewerkschaftsbürokraten und Pro-NATO-Linken für Abrüstung demonstriert.

In unserer Intervention beim Kommunismus-Kongress machten wir deutlich, dass keine der Strömungen innerhalb von KO und der stalinistischen Weltbewegung den Arbeitern irgendetwas anzubieten hat außer Kapitulation vor dem Sozialchauvinismus und Imperialismus. Ungeachtet der Differenzen über den Charakter des Krieges bestand zwischen allen Flügeln der KO von Anfang an vollkommene Einigkeit in der Ablehnung des revolutionären Defätismus in der Ukraine und der Ablehnung des Kampfes gegen die EU/NATO-Unterstützer in der Linken. Daher existiert dieser ansonsten so gespaltene Haufen vorerst als gemeinsame Organisation weiter und hat auch auf seinem Kongress keine Klärung der Differenzen herbeigeführt.

Für einen revolutionären Pol gegen den deutschen Imperialismus!

Die grundlegende Voraussetzung für den Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie und ihren Krieg ist der politische Bruch des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung vom opportunistischen Flügel. Dies erfordert einen politischen Kampf – nicht nur gegen die offen pro-imperialistische Führung der Arbeiterklasse, sondern besonders gegen die pazifistischen Versöhnler, die diesen Bruch verhindern wollen. Diese Perspektive ist keine Neuerfindung von uns, sondern eine direkte Anwendung der Lehren von Lenins Kampf seit August 1914 für den Aufbau einer revolutionären Partei und einer neuen, kommunistischen Internationale – durch Spaltung von den Opportunisten in der Arbeiterbewegung, von den offenen Sozialchauvinisten à la Scheidemann ebenso wie von den Zentristen à la Kautsky. Dieser Kampf Lenins und der Bolschewiki war die Voraussetzung für die erfolgreiche Oktoberrevolution in Russland 1917. Genau das ist unser Modell heute.■

SPARTAKIST



Spartakist

Bilanz der Spartakist-Kampagne

Pazifistische Einheitsapostel kriechen vor dem deutschem Imperialismus

Mit Beginn des Ukraine-Krieges und der „Zeitenwende" der deutschen Bourgeoisie ist die Linke in eine tiefe Krise geraten. Mit ihrem althergebrachten Pazifismus befand sie sich auf einmal nicht mehr auf Linie der Regierung, die sich jahrzehntelang auf die „friedliche" Ausbeutung der Arbeiter und unterdrückten Länder Europas mit ihren Instrumenten EU und Euro konzentriert hatte. Ein Teil der Linken wie Gregor Gysi und Bodo Ramelow reihte sich sofort hinter dem NATO-Kriegskurs ein und kämpft dafür, jede Kritik an der NATO mundtot zu machen. Auf der anderen Seite stehen dagegen die Pazifisten wie Sahra Wagenknecht, die zwar den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg" Russlands verurteilen, aber ihre Opposition gegen die NATO nicht einfach aufgeben wollen.

Wir Spartakisten haben dafür gekämpft, diese sich abzeichnende Polarisierung zu verschärfen und die Widersprüche in der Linken zu vertiefen. Allen Arbeitern und Jugendlichen, die angesichts der Krise der Linken und der Pro-NATO-Offensive nach einem Ausweg suchen und gegen den deutschen Imperialismus kämpfen wollen, haben wir Spartakisten einen klaren Weg nach vorne gezeigt: ***Schmeißt die EU/NATO-Unterstützer aus der Linken!*** Dies ist eine elementare, dringend notwendige und einleuchtende Maßnahme: Wer offen und unverblümt die EU und NATO unterstützt, diese Werkzeuge der Imperialisten, sollte keinen Platz in der

Fortgesetzt auf Seite 22

Die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Führung!